

Die „Volkswacht“
erscheint wöchentlich 4 Mal
und ist durch die
Expedition, Neue Graubenerstr. 6/6,
und durch Kolportage zu beziehen.
Preis vierteljährlich M. 2.50,
von Woche zu Woche 20 Pf.
Durch die Post bezogen M. 2.50,
frei ins Haus M. 2.02,
wo keine Post am Ort, M. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Die „Volkswacht“ besteht
aus 12 Blättern wöchentlich
über deren Raum 25 Pf.
Mehrwertige Inserate 85 Pf.
Inserate für Werbemittel 15 Pf.
Kubwörter 25 Pf.
Verordn. u. Berichtigungs-Anzeigen
15 Pf. wöchentlich.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 303.

Breslau, Freitag, den 29. Dezember 1911

22. Jahrgang.

Der Sozialismus als Kulturmacht.

Als vor dreihundert Jahren in England und Frankreich die Arbeiterbewegung emporkam, wurde sie noch von einem Mann, wie Heine, der ihr Sympathie entgegenbrachte, als eine Art modernes Barbarentum betrachtet, dazu bestimmt, die ganze bestehende Kultur zu vernichten. Heute ist eine solche Auffassung bei keinem klar denkenden Menschen, der die Tatsachen beachtet, mehr möglich; wo immer Fortschritt, Humanität, Wissenschaft oder Kunst von barbarischen Reaktionen bedroht wurden, da standen die Umstürzler voran auf der Wacht zu ihrer Verteidigung. Aber trotzdem ist es sicher, daß bei der unwissenden, nur durch Vorurteile und Instinkte geleiteten Masse der Herrschenden und Gebildeten noch immer eine ähnliche Furcht herrscht. Sie sehen die Arbeitermassen, roh und ungebildet in Sprache und Umgangsformen, mit schmutzigen Händen und Kleidern, die Zähne hart von den Härten des Lebens, in den Augen — wenn nicht die dumpfe Gleichgültigkeit des müden Arbeitstieres — die scharfen Blitze des Hasses, das Feuer der Kampfeslust gegen die bestgehende Klasse. Und stellen sie sich vor, daß diese Leute, ehemalige Gelotenen, zu Herren und Meistern der Gesellschaft werden, daß die höheren Stände ihnen wehrlos preisgegeben sind, ohne daß Polizei und Regierung da sind, sie zu schützen — dann überkommt ihnen wohl das selbe Grauen, das bei den künftigen Stadtbürgern Italiens herrschte, als unbeflegbare barbarische Wunden aus dem Norden vor ihren Toten lagen. Und sie jammern über unsere herrliche Kultur, die von dem Proletariat bedroht wird, deren Untergang mit dem Sieg des Sozialismus bevorsteht.

Mit Unrecht. Ihre Furcht beruht nicht auf wirklichen Tatsachen. Sie ist nur die Form, worin ihre große Schuld gegenüber der ausgebeuteten Volksmasse ihnen zum Bewußtsein kommt. Jedermann, der die Wirklichkeit selbst ins Auge faßt, der über Wesen und Grundlage der heutigen Kultur einen Augenblick nachdenkt und die Entwicklungsgesetze der Welt betrachtet, kann leicht sehen, daß für irgendwelche Furcht nicht der leiseste Grund besteht. Diese rohen, zerklüfteten, ungebildeten und verachteten Proletarier, sie sind in Wirklichkeit die Träger einer höheren Kultur.

Nicht, weil sie innerlich eigentlich gebildeter und zivilisierter sind als die herrschenden Klassen und deshalb eine höhere Kultur erstreben. Sie sind aus eigenem Interesse, um ihre unerträgliche Not zu beseitigen, gezwungen, eine neue Produktionsweise zu erkämpfen. Und diese neue Wirtschaftsordnung bedeutet die Erhebung der Menschheit auf eine höhere Kulturstufe. So erklärt sich der scheinbare Widerspruch — der die Furcht vieler gebildeter Menschen vor dem Sozialismus erklärt —, daß gerade diejenige Klasse der Menschheit dazu bestimmt ist, eine höhere Kulturstufe zu bringen, die von aller Kultur fast ausgeschlossen ist. Der Sozialismus ist eine materielle Notwendigkeit für die Arbeitermasse, um dem unerbittlichen Druck der Ausbeutung zu entkommen. Und eine vorurteilslose Betrachtung der sozialistischen Wirtschaftsordnung ergibt von selbst, in welcher Hinsicht und wodurch sie an Kultur die heutige Gesellschaft turmhoch überragt.

Wenn die Milderung auch in nichts anderem bestände, als daß Not und Armut der Massen durch die höhere Erziehbildung der organisierten Arbeit und durch die Beseitigung der Ausbeutung durch das Kapital verschwinden, so bedeutete das allein schon einen enormen Unterschied. Denn dadurch würde die heutige Kultur, die jetzt Privilegium einer kleinen Gruppe ist, dem ganzen Volk zugänglich gemacht. Kultur, Bildung, Entwicklung und Betätigung des Geistes mit Wissenschaft und Kunst ist nur möglich, wo freie Zeit und materielle Lebenssicherheit vorhanden sind. Ein hungriger Magen und ein vor Müdigkeit zermürbter Kopf kümmern sich nicht um sie. Der Sozialismus bedeutet, daß zum ersten Male der ganzen Volksmasse der Weg zur Kultur erschlossen wird.

Darin liegt aber zugleich eine herbe Kritik der heutigen, angeblich bedrohten Kultur der Menschheit. Sie ist nur die Kultur einer kleinen Gruppe und daher unkultürlich. Wer kennt nicht die Geschichte jenes feingebildeten Sklavensklaves, der sich an schönen Kunstzeugnissen entzückte, während zugleich das Angstgeschrei eines zu Tode gepeinigten Regierers in seine Ohren klang? Sie ist ein Bild der ganzen heutigen bürgerlichen Kultur. Diejenigen, die sich mit schönem Luxus umgeben und sich ihrer Kultur rühmen, während sie an der Armut, dem Schmutz, dem Elend, der Verzweiflung, dem Leiden ihrer Mitmenschen neben sich gleichgültig vorbeigehen, zeigen damit eine Gemütskrankheit, eine innere Barbarei; die unserer ganzen geprüften Kultur den Stempel oberflächlichen Plünderers aufdrücken. Und wenn sie auch damit zu entschuldigen sind, daß es heute nicht anders möglich ist, so fehlt ihnen doch alles Recht, jetzt zum Kampfe für diese „Kultur“ gegen den Sozialismus, der eine wirkliche Kultur bringen wird, aufzurufen.

Die sozialistische Kultur unterscheidet sich von der bürgerlichen nicht nur dadurch, daß sie allgemein ist, sondern ihr innerer Gehalt ist auch anders. Sie stellt den Menschen in ein ganz neues Verhältnis zu der Natur und seinen äußeren Lebensbedingungen sowie zu seinen Mitmenschen.

Stolz nennt der Mensch sich Herr der Welt. Aber er ist es nur der Möglichkeit nach, noch nicht in Wirklichkeit. Dieser arme Weltensherr ist noch nicht einmal seiner Existenz sicher; wenn nicht die Not von heute, so macht die Sorge für morgen, die Unsicherheit der Zukunft, den Kampf ums nackte Dasein, den elementarsten Selbsterhaltungstrieb zur alles beherrschenden Leidenschaft. Und sie läßt den Menschen wie Bestimmungslöcher fort, seine schwächeren Mitmenschen schonungslos niedertrumpfend. Wie ein Tier muß der Stolz um seinen Lebensunterhalt ringen; den selbstgeschaffenen Gewalten der Gesellschaft sieht er machtlos gegenüber. Zwar verfügt er über Wissenschaft, die ihm alle Naturkräfte dienstbar macht und ihm gestattet, Ueberflus für alle zu produzieren; aber er hat die dazu nötige Organisation noch nicht gefunden, und daher wirkt seine technische Macht vor allem zerstörend. Diese Organisation schafft der Sozialismus. Der Sozialismus macht die Produktion alles zum Leben notwendigen zu einer bewußten organisierten Anwendung der Wissenschaft, so wie heute die Produktion innerhalb einer Fabrik mit Bewußtsein zweckmäßig gestaltet wird. Damit wird allen Mitgliedern der Gesellschaft die Existenz gesichert; aus tierischen Daseinsbedingungen tritt der Mensch in wahrhaft menschliche über. Mit der Befreiung von Not und Sorge fällt ein kleinerer, das Gehirn zusammenschließender Druck von seinem Geiste weg, der ihn verblindete, frei zu denken. Stolz und Freit hebt er seinen Kopf; jetzt ist er wirklich Herr der Erde. Und damit fängt eine fortschreitende rasche Entwicklung seines Wissens und Könnens an, an der alle teilnehmen und die seine Meisterhaftigkeit über die Natur in ungeahnter Weise emporführen wird.

Dieser Umschwung bringt zugleich ein ganz neues Verhältnis der Menschen zueinander mit sich. Jetzt muß jeder den Kampf um sein Einzelsein gegen alle anderen führen; das Gemeinheitsgefühl, die Moral, wird überwuchert durch die Notwendigkeit, dem Gebote des Egoismus, der Selbsterhaltung zu gehorchen. Die Menschen stehen als Konkurrenten, als Feinde einander gegenüber; sie müssen gegen das Leid ihrer Mitmenschen gleichgültig sein, weil sie es selbst im Kampfe für die eigene Existenz verurursachen müssen. Der Sozialismus macht das ganze Volk zu einer Einheit, zu einer Arbeitsorganisation, deren Mitglieder nicht mehr durch gegenwärtige Interessen getrennt werden. Die Interessengemeinschaft, die Solidarität, die enge Zusammengehörigkeit, die bis jetzt nur in kleineren Gruppen, in Stämmen, Völkern, Klassen vorkam, wird dann die ganze Menschheit umfassen. Was das Christentum predigte und die besten der Menschheit erstrebten, ohne es verwirklichen zu können, die Brüderlichkeit aller Menschen, wird in der sozialistischen Wirtschaftsordnung zur Wirklichkeit.

In der erschreckendsten Weise tritt der Mangel an Weltorganisation jetzt in dem Gegensatz der Staaten, in der Kriegsgefahr, auf. Jede Bourgeoisie sieht den anderen mit allen Werkzeu gen bewaffnet gegenüber und denkt nur an Weltmacht, Eroberungen und brutale Unterdrückung anderer Völker. Während sie in den Kirchen mit dem Munde singt: Frieden auf Erden, denkt sie im Herzen: die Friedensdumflei ist Unsinn. Demgegenüber bedeutet der Sozialismus den Weltfrieden, die Vereinigung aller Nationen zu einer Weltorganisation der Menschheit, die allein imstande ist, die großen Aufgaben der Weiterentwicklung der Welt durchzuführen.

So verblaßt alles, was man heute Kultur nennt, gegen die Charakterzüge der kommenden sozialistischen Weltkultur wie eine rohe verächtliche Barbarei. Die gewaltigen Klassenkämpfe, die jetzt die zivilisierten Staaten durchziehen, sind nur die Vorboten und der Anfang der großen Weltrevolution, die die Menschheit zu jener neuen Periode wahrhaft menschlicher Existenz hinüberführen wird. In dem vielgeschmähten revolutionären Charakter der Arbeiterbewegung sind die hohen Ziele verkörpert, die die Menschheit zur höchsten Kultur emporheben werden.

Intellektuelle zur Reichstagswahl.

Der „Berliner Sozialanzeiger“ veröffentlicht in seiner Weihnachtsnummer Gedanken bekannter Persönlichkeiten zur Reichstagswahl. Dem Charakter des Blattes entsprechend überwiegen die konservativen Stimmen. Doch findet man immerhin auch Äußerungen, die den Kampf gegen die gegenwärtigen Mehrheitsparteien für die wichtigste Aufgabe des Tages erklären. So schreibt z. B. Professor Lugo Brentano:

Ich werde insofern Ihrem Rate folgen, mich nicht durch das Programm dieses oder jenes Kandidaten bei Abgabe meiner Stimme leiten zu lassen, als daß nach der Selbsterhaltung und Beschädigung seines Programms, dem Kandidaten meine Stimme geben werde, von dem ich annehmen kann, daß er am wirk-

samsten zur Beendigung des Uebergewichts der heutigen Mehrheitsparteien beitragen wird.

Und der Dichter Ludwig Fulda schreibt:
Wer wie ich der Ueberzeugung lebt, daß die geistige Entwicklung eines Volkes ebenso wichtig ist wie die wirtschaftliche, der kann seine Wahlstimme nur denen geben, die für Geistesfreiheit und gegen Geisteshermenieung jederzeit und unter allen Umständen einzutreten entschlossen sind.

Geheimrat Adolf Matthias bekennet sich als Nationalliberaler, doch meint er kritisch:

Daß so viele Wähler für die Sozialdemokratie ihre Stimmen abgeben, ist unlerer, der jogenannten bürgerlichen Parteien Schuld, ist Schuld vor allem der liberalen Parteien, die nicht früh genug aus eigenem liberalen und volkstümlichen Bedürfnis, sondern erst spät durch die fürchterliche Macht der Verhältnisse zum politischen Handeln auf sozialem Gebiete getrieben sind. Hier ist vieles von einer großen liberalen Partei der Zukunft gutzumachen. Das tut man aber nicht dadurch, daß man denjenigen haßt, dem man vieles schuldig blieb oder gar Gewaltmaßregeln wählt, wo man mit Geist, überzeugenden Gründen und ethischer Kraft wirken soll.

Als Anhänger der Verhältniswahl bekennet sich der bekannte landwirtschaftliche Fachmann Ministerialdirektor a. D. Thiel:

Man hat praktisch Weise jetzt nur die Wahl zwischen bestimmten Kandidaten bestimmter Parteien und wird fast nie einen Kandidaten finden, der einem in jeder Beziehung genehm ist, da jeder Parteikandidat dem Programm seiner Partei große Konzessionen machen muß. Hätten wir eine auf funktionierende Proportionalwahl und eine allgemeine Wahlpflicht, so könnte man sich in größeren Distrikten mit engeren Gesinnungsgenossen vereinen und die wirkliche Volksstimmung würde sicherlich reiner zum Ausdruck kommen als jetzt, wo man schon in der Hauptwahl und noch viel mehr in der Stichwahl, falls man überhaupt sich an der Wahl beteiligen will, meist in der peinlichen Lage ist, zwischen mehreren genehmten Kandidaten für den zu stimmen, den man für das kleinere Übel hält.

Der Expräsident des Reichstags Graf Schwerin-Löwitz dagegen schreibt nach einigen herkömmlichen agrar-konservativen Redensarten das Folgende:

Unser Volk kann eine weitere Demokratisierung nicht vertragen, ohne den schwersten inneren Umwälzungen und damit zugleich einer Erschütterung der Weltstellung des Reiches entgegenzutreten. In dem Kampf gegen die Sozialdemokratie sollten daher alle bürgerlichen Parteien zusammenstehen. — Je näher ein Kandidat der Sozialdemokratie steht, um so weniger — je ferner, umso mehr wird seine Wahl den Reichsinteressen dienen.

Der bisherige Vorsitzende der deutschen Volksvertretung bekennet sich also zu der merkwürdigen „nationalen“ Auffassung, daß das deutsche Volk für Verfassungsformen nicht reif ist, die Amerikanern, Franzosen und Engländern ganz gut bekommen und denen sich jetzt auch Türken und Chinesen mit Riesenschritten nähern. Offenbar hält er das deutsche Volk für das geistig am weitesten zurückgebliebene in der ganzen Welt. Es gehört — nach Langer und nach Agadir — eine gewisse Reife zu der Behauptung, daß der gegenwärtige Zustand der Dinge der „Weltstellung des Reiches“ besonders förderlich sei.

Graf Schwerin-Löwitz bekämpft die Sozialdemokratie vor allem deshalb, weil sie die Demokratisierung Deutschlands will und dadurch die politische und wirtschaftliche Privilegierung des Adels gefährdet. Darum dient nach seiner Meinung der den Reichs-Interessen am besten, der sich von der Sozialdemokratie am weitesten entfernt hält, das heißt der tollste reaktionäre Heißsporn ist ihm gerade der rechte Mann.

Ein Herr mit solchen Anschauungen ist als Reichstagspräsident eine Karikatur. Graf Schwerin-Löwitz wird, wenn er überhaupt wieder gewählt wird, hoffentlich nie wieder den Präsidentenstuhl der deutschen Volksvertretung besteigen.

Politische Uebersicht.

Die Regierung im Wahlkampf gegen die Sozialdemokratie.

Die Konservativen fordern in ihrer Presse und wahrscheinlich noch mehr auf dem Weg über die Hintertreppe ein schärferes Eingreifen der Regierung in den Wahlkampf zu ihren Gunsten. Sie nehmen für ihre Partei die Vorteile des parlamentarischen Regierungssystems in Anspruch, ohne sich mit den Nachteilen, die eine solche Regierungsform für die Junkerkasse mit sich bringt, abfinden zu wollen.

In parlamentarisch regierten Staaten gehen die Minister in den Wahlkampf, doch nicht als Vorgesetzte und Arbeitgeber von Beamten und Arbeitern, auch nicht als Vertrauensmänner der Krone, sondern als Parteimänner und Parlamentskandidaten. Sie beanspruchen für die Meinungen, die sie aussprechen, eine besondere autoritative Geltung, sondern sie unterwerfen sich der Autorität der Demokratie, die allein ihnen ein Mandat, und damit die unerlässliche Vorbedingung für ihr weiteres Ministerdasein gewähren kann. Fällt der Ministerkandidat durch, oder blüht die Partei, für die er in den Wahlen gekämpft hat, in der Minderheit, dann legt der Minister sein Amt nieder und kämpft als einfacher Parteisoldat für seine Sache weiter.

Die Herren v. Bethmann, Vermuth, Tirpitz usw. den nicht daran, aus einem ihnen unglücklichen Wahlausfall die Konsequenzen zu ziehen. Sie betrachten sich nicht als Vertrauensmänner, sondern als die vom Monarchen beauftragten Vorgesetzten des deutschen Volkes, und wo sie in den Wahlkampf eingreifen, da tun sie es nicht als Kandidaten — so weit steigen sie überhaupt gar nicht erst herab —, sondern als Vorgesetzte, deren Urteil Befehl ist. Darum ist das Eingreifen der Minister in den Wahlkampf, das in parlamentarisch regierten Ländern eine Selbstverständlichkeit ist, ein absolutistisch-bureaucratischer Uebergriff. Gerade solche Uebergriffe aber sind nach dem Herzen der Konservativen.

Als ein Erfolg konservativer Mächtschaften muß es daher betrachtet werden, wenn jetzt die Regierung in ihrer Weise, d. h. nicht mit Meinungsäußerungen, sondern mit Erlassen in die Wahlbewegung eingreift. Nachdem verschiedene Bundesregierungen und „nachgeordnete“ Berliner Regierungsstellen mit schlechtem Beispiel vorgegangen, kommt in der „Morgenpost“ ein Erlass des Herrn v. Bethmann-Hollweg zum Vorschein, der darauf abzielt, die dem Reichstanzler und Ministerpräsidenten untergebenen Personen im Wahlkampf gegen die Sozialdemokratie mobil zu machen. Der Erlass hat folgenden Wortlaut:

Der Reichstanzler.

I. N. 9133.

Berlin, 8. Dezember 1911.

Bei den bevorstehenden Neuwahlen zum Reichstag ist es als die patriotische Pflicht aller staats-treuen Bürger zu erachten, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Insbesondere wird dies von den wahlberechtigten Beamten zu erwarten sein. Um zu verhindern, daß die Erfüllung dieser Pflicht vereitelt wird, empfiehlt es sich, daß die Beamten sich darüber vergewissern, ob sie in die Wählerliste eingetragen sind, und, sofern dies nicht der Fall sein sollte, durch rechtzeitige Eintragen während der Auslegung der Listen deren Berücksichtigung herbeizuführen.

gez. v. Bethmann-Hollweg.

Ein Dokument von auffälliger Unehrlichkeit! Man hat nicht den Mut zum Skandal, der dazu gehören würde, die Beamten zur Stimmabgabe für oder gegen bestimmte Parteien offen aufzufordern. Darum benutzt man die Kontrolle der Wählerliste als durchscheinenden Vorwand, um die Beamten an ihre „patriotische Pflicht als staats-treue Bürger“ zu erinnern. Man sagt den Beamten, daß sie wählen sollen und zwinkert ihnen zu: „Ihr werdet schon wissen, wie!“ „Staats-treu“, natürlich, und „patriotisch“. Nun kann ja die Regierung zu ihrem Leidwesen die Stimmabgabe ihrer Beamten nicht kontrollieren, sie kann nicht verhindern, daß große Massen von Beamten sozialdemokratisch stimmen, wie das bisher zweifellos schon geschehen ist und bei den kommenden Wahlen sicher in viel weiterem Umfang als je zuvor geschehen wird — aber wenn sie schon ihre Untergebenen nicht so in die Wahl-gasse begleiten und ihnen dort bei der Subvertierung des Stimmzettels die Hand führen kann, so geht sie mit ihnen doch gleichsam wenigstens bis zum Eingang des Wahl-lokals, sie kündigt an die „patriotische Pflicht aller staats-treuen Bürger“ erinnernd.

Der Uebergriff der Regierung verliert aber nichts von seinem vertwerflichen Charakter, daß er in vorsichtige Formen gekleidet ist. Die Regierung hat dafür zu sorgen, daß der Beamte im Amt die ihm übertragenen Aufgaben erfüllt, das ist ihr Recht und ihre Pflicht. Was er dagegen als Staatsbürger und Wähler tut, das geht sie auch nicht das allermindeste an. Ob der Beamte die Wähler-liste kontrolliert, ob er zur Wahl geht oder nicht, das ist seine eigene Sache, da darf er tun oder lassen, was ihm gefällt.

Seine Wahlpflicht besteht nur in moralischem, nicht im rechtlichen Sinne. Wenn die Parteien den Wähler an seine Pflicht erinnern, so liegt darin eine Mahnung, die

von gleichberechtigten Mitbürgern ausgesprochen wird, kein Auftrag. Aufträge hat der Wähler überhaupt nicht entgegenzunehmen, und darum hat auch die Regierung kein Recht, ihren Beamten als Wählern irgend einen Auftrag zu erteilen, mag er sich nun auf die Wahl einer bestimmten Partei beziehen oder auf die Ausübung des Wahl-rechts überhaupt.

Eine deutlichere Sprache freilich als gegenüber den Beamten führt die Regierung gegenüber den von ihr abhängigen Arbeitern. Es ist sicher doch kein Zufall, daß knapp drei Wochen vor der Wahl die schwarz-blaue Presse mit dem Ausbruch besonderer Genugtuung folgende Nach-richt meldet kann:

Der preussische Minister der öffentlichen Arbeiten hat den Vorschriften des § 2 der gemeinsamen Bestimmungen für die Arbeiter aller Dienstverleiher folgende Form gegeben: „Jeder Arbeiter ist dem Vorgesetzten Gehorsam schuldig und hat allen Anordnungen der Verwaltung Folge zu leisten. Auch außerhalb des Dienstes hat der Arbeiter sich anständig und ehrenhaft zu führen und sich an der Teilnahme an sozialdemokratischen und anderen ordnungsfeindlichen Bestrebungen, Vereinen und Versammlungen fernzuhalten.“

Durch diese ministerielle Verfügung wird die Freiheit von Hunderttausenden preussischer Reichstagswähler auf das Empfindlichste eingeschränkt. Ein Staatsbürger, der das Recht zu wählen hat, muß selbstverständlicher Weise auch das Recht haben, sich über das Programm der ver-schiedenen Mandatsbewerber persönlich zu informieren. Das Reichstagsgesetz hebt daher auch für die Wahlzeit die meisten gesetzlichen Beschränkungen der Versammlungsfrei-heit auf. Aber diese aufgehobenen Beschränkungen werden auf dem nicht mehr ungewöhnlichen Wege der preussischen Verwaltung wieder eingeführt und zu sozialistischer Härte verschärft, indem man den Staatsarbeitern den Besuch „so-zialdemokratischer und anderer ordnungsfeindlicher“ Wähler-versammlungen überhaupt verbietet.

Preussische Willkür beseitigt gesetzliche Freiheit. Mit demselben Recht, wie Herr Breitenbach kann die Firma Krupp oder Müller u. Schulze, Cohn u. Söhne usw. ihren Arbeitern den Besuch von bestimmten Wählerversammlun-gen verbieten, und ein solcher infamer Eingriff in die Staatsbürgerliche Freiheit wird nicht mehr und nicht minder „berechtigt“ sein als die preussische Ministerverfügung. Mit demselben Recht, mit dem der Unternehmer Staat den Besuch sozialdemokratischer Versammlungen verbietet, kann ein anderer industrieller oder landwirtschaftlicher Unter-nehmer den Besuch anderer Wählerversammlungen verbie-ten, die ihm nicht gefallen, z. B. einer nationalliberalen Wählerversammlung in irgend einem ostpreussisch-konservati-ven Gutsbezirk. Der preussische Minister ist ja auch „weit-herzig“ genug, neben den immerhin klaren Begriff der so-zialdemokratischen Bestrebungen einen zweiten, höchst un-klaren zu setzen, wodurch gesagt wird: „Verboden ist alles, was uns nicht gefällt.“ Was sind ordnungsfeindliche Be-strebungen? Die fortschrittliche Presse hat diese Frage auf-geworfen, flugs antwortet die „Kreuzzeitung“, aus dieser Frage spreche das schlechte Fortschrittsgewissen, die Links-liberalen seien auch nicht besser als die Sozialdemokraten. Woraus folgt, daß der preussische Beamte, noch mehr der preussische Staatsarbeiter, seine Informationen darüber, wie er sein „freies“ Wahlrecht ausüben soll, nur aus kon-servativen und Zentrumsversammlungen beziehen darf.

Der Audienzbesuch des Leutnants vor dem Sozialdemokraten.

Die „Wiesbadener Gesellschaft der Friedensfreunde“ hatte am Mittwochabend eine Versammlung einberufen, zu welcher auch ein Leutnant und fünf Unteroffiziere erschienen waren, die in der Mitte des Saales sitzend, dem Vortrag des Professors Hippold-Bern ruhig zuhörten. Als nun nach dem Vortrag unser Genosse Lehmann, welcher, wie alle

übrigen Reichstagskandidaten, zu dieser Versammlung einzu-laden war, das Wort nahm, um kurz seinen Standpunkt zu den an die Kandidaten gerichteten Fragen, wie sie sich im Falle ihrer Wahl den Friedensbestrebungen gegenüber ver-halten würden, darzulegen, verließ der Leutnant mit seinen fünf Mann ostentativ den Saal. Das zum großen Teil bürgerliche Publikum war zunächst erstaunt, dann aber bemächtigte sich seiner eine sehr be-rechtigte Heiterkeit ob der scheunigen Flucht des schneidigen preussischen Leutnants mit seinen fünf Mann vor einem Charakterskandal. Jener Hauptmann, welcher neulich in Charlottenburg mit seiner Mannschaft vor dem Pfarzer Kraag die Flucht ergriff, hatte wenigstens so lange gewartet, bis er durch die Predigt sich getroffen fühlte. Der Wies-badener Leutnant aber rückte schon aus, ehe unser Genosse überhaupt nur ein Wort gesprochen hatte. Unsere Wies-badener Genossen werden dem Herrn Leutnant für die Re-klame, die er, wenn auch unbewußt, für die Sozialdemo-kratie gemacht hat, aufrichtigen Dank wissen.

Das Zentrum für Heydebrands Stichwahlbedingungen.

Die Zentrumspresse ist sehr entzückt davon, daß die Konservativen nur solche „Liberalen“ in der Stichwahl heraus-hauen wollen, die gegen jede Erweiterung des Reichstagswahl-rechts, für noch höhere Schutzzollmauern und Ausnahmestrafen gegen die Sozialdemokratie eintreten wollen. So schreibt die „Germania“ höchst vergnügt:

Nun ist aber der Liberalen durch Herrn v. Heydebrand ein sehr dicker Strich durch den künftigen Voranschlag gezogen worden. Der Führer der Konservativen sagte nämlich: Was dem einen recht ist, ist dem anderen billig. Die Herren Ge-nossen schreiben für ihre Stichwahlperiode den Liberalen wirt-schaftliche und politische Bedingungen vor — gut, machen wir es auch so. Wir stellen zwar nicht sechs Bedingungen, sondern nur drei, auf deren Annahme bei dem Kandidaten, der unsere Hilfe gebraucht, wir aber unbedingt bestehen müssen. Wenn man auch Gegner derartiger Abmachungen ist, muß man doch Herrn v. Heydebrand zugeben, daß die Konservativen erst dann zu diesem Mittel gegriffen, als sie sahen, daß die Liberalen nach der linken Seite hin sich auf solche Bedingungen skrupellos einließen. Nun kann es unumgänglich in Willen und Wunsch der Konservativen liegen, durch ihre Wahlhilfe eine sozialistische Schutztruppe in den Reichstag zu senden, und insoweit dessen blieb ihnen kaum etwas anderes übrig, als Präventivmaßregeln auch ihrerseits zu ergreifen, die ihnen die Gewähr geben, daß joldi unerwünschtes Resultat nicht eintreter kann. Daher nur formulierten sie ihre Bedingungen.

Herrn v. Heydebrands Versuch, im Reichstag eine Mehr-heit für Absolutismus, Hochschutzzölle und Sozialjustizgesetze zu schaffen, wird also vom Zentrum nicht mit dem leisesten Wort gelobt, sondern im Gegenteil als besonders seiner Zug gelobt und verteidigt. Die „Kreuzzeitung“ nimmt es daher auch schon als selbstverständlich, daß das Zentrum auf dem Boden der Heydebrand'schen Bedingungen steht. In einer Besprechung der Königsberger Rede des konservativen Parteiführers stellt sie fest:

Nur das Zentrum, das ebenso wie unsere Partei dazu bereit war und ist, findet sich mit uns zusammen in dem Be-streben, der Sozialdemokratie überall entgegenzutreten. Und daraus ergibt sich ganz von selber ein Zusammenwirken der Rechten und des Zentrums.

Dieses Vertrauen des leitenden Junkerblattes zum Zen-trum muß jedem die Augen öffnen, der bisher an die „De-mokratie“ der schwarzen Partei geglaubt hat.

Das Haar in der Suppe. In einer Handwerker-versammlung zu Oberwalde hat Rechtsanwalt W r e d e r d -Berlin, der, wie erinnerlich, nach den Vorgängen bei der Reichsfinanzreform sich an die Spitze derjenigen stellte, die eine Sezession in der konservativen Partei herbeiführen wollten, nach dem konservativen „Preussischen Stadt- und Landboten“ gesagt:

Er habe sich nicht selbst als Reichstagskandidat aufge-stellt, sondern sei von der konservativen Partei aufgestellt worden, obwohl er sie bezüglich der Erbschaftsteuer aufs

Die letzten Tage von Pompeji.

Von C. Sulwer.

100] Trotz der Größe des Amphitheaters, welche zu jener der Stadt so wenig im Verhältnis zu sein und darauf berechnet schien, die ganze Einwohnerzahl Pompejis aufzunehmen, war der Andrang des Volks aus allen Gegenden Campaniens bei außer-ordentlichen Gelegenheiten so bedeutend, daß der Raum vor dem Amphitheater gewöhnlich schon mehrere Stunden vor dem An-fang der Kampfspiele durch diejenigen Personen angefüllt war, welche durch ihren Stand auf keine bestimmten Plätze Anspruch machen konnten. An diesem Tage aber war die Menge durch die Verurteilung zweier Verbrecher um so mehr gewachsen, und es hatten sich mehr Menschen versammelt, als jemals seit un-berühmten Zeiten.

Während das campanische Volk lärmend und jauchzend war-ter mochte, aber dennoch, wie auch noch die jetzigen Italiener in solchen Fällen, ein bewundernswertes Ordnung und gute Laune behauptete, war ein seltsamer Gäh auf dem Wege nach dem abgelegenen Hause des Arbaces begriffen. Bei dem Anblick ihrer leibhaftigen und altertümlichen Tracht und ihres un-gewöhnlichen Ganges und Benehmens riefen sich die Wanderer, welche ihr begegneten, an und lachten: sobald sie aber in des Geheiß sahen, war die Lustigkeit vorüber, denn das Anblick war wie das einer Reiche, und dieses, so wie die unheimlichen Jüge und das zerfallene Gewand der Fremden, ließen sie wie eine aus der Schattenecke in das Leben zurückzuführen erscheinen. Jede Gruppe machte ihr schweigend und ängstlich Platz, als sie vorbeikam, und sie erreichte bald die Wohnung des Agrippes.

Der schwarze Fährer, der heute schon zu so ungewöhn-licher Zeit auf seinem Boden war, fuhr erschrocken zurück, als er auf ihr Klopfen die Tür öffnete.

Der Agrippes hatte in der Nacht sich eines jeden Schlafes erwehrt, gegen den Morgen jedoch beängstigten ihn seltsame und unruhige Träume, die ihn um so mehr aufregten, als sie mit der Philosophie, zu der er sich bekannte, in Verbindung standen.

Es schien ihm, als bestände er sich mitten in der Erde und sehe sich in einer vertieften Höhle, die durch ungeheure Pfeiler von rötlichen Felsen getragen wurde, welche in unregelmäßiger Höhe bis zu einer Höhe hinauf wuchsen, durch die noch kein Licht der Sonne gelangen konnte. In dem Raum prallten diese Felsen gegen große Höber verteilt, die mit einem weissen Geröll in unumstößlicher Reihenfolge sich reihen

und drachten. Bloß zu der rechten und linken Seite der Höhle war der Raum zwischen den Pfeilern frei, und man sah in lange Galerien, die nicht ganz finstern, aber nur schwach durch hin und her ziehende, zerstückte ähnliche Flammen erhellt waren die bald längs des kahlen und unebenen Bodens sich wie Schlangen wunden, bald in wilden Sägen durch das Dunkel hüpfen, jetzt plötzlich verwindend, dann um desto glänzender und lebhafter wieder erscheinend. Und als Arbaces nach der Galerie zur Linken blickte, zogen lustige, nebelhafte Gestalten langsam nach der Erde zu, und wenn sie dieselbe erreicht hat-ten, schienen sie sich zu erheben, und wie Rauch in der uner-messlichen Höhe zu verwinden.

Er sah bedrückt nach der rechten Seite — und siehe! aus dem Dunkel in der Höhe stiegen ähnliche Schatten hernieder, die schnell nach der Galerie zur Rechten schwebten, als würden sie unwillkürlich durch die Gewalt eines unmerklichen Luftstromes ge-zerrt; auch die Gestalt dieser Schatten waren heftlicher zu erkennen als die von denen auf der andern Seite; — auf einigen sah man Freude, auf andern Trauer — einige drückten Hoffnung und Seligkeit, andere Schrecken und Verzweiflung aus. Und sie schwebten so schnell und unausgesetzt vorbei, daß der Agrippes zuletzt schwindlig wurde durch den Anblick unauflös-lich wechselnder Gegenstände, die durch eine rasche Kraft vorbei getrieben zu werden schienen. Er wanderte sich nach einer andern Seite, und in einer Vertiefung der Höhle sah er hier eine ge-waltige Kugel auf einem großen Hügel von Schwebeln sitzen. Ihre Hände waren beschäftigt mit einem Gewebe, welches mit den unzähligen Nadeln in Verbindung stand, als ob es die-selben in Gang erhalte. Ein innerer Antrieb zwang ihn, sich der Kugel zu nähern, bis er ihr gegenüber stand. Ihre Züge hatten einen feierlichen, erhabenen und heiteren Ausdruck. Ihr Anblick war dem einer kolossalen Sphinx seines Stammlandes ähnlich. Keine menschliche Leidenschaft trübte die rücksichts-lose, nachdenkliche Stirn; man las in ihrem Gesicht weder Freude, noch Traurigkeit, noch Hoffnung. Ihre Schönheit hatte einen geheimnisvollen Charakter: dieses Geheimnisvolle löste Ehr-furcht, oder keinen Schrecken ein; es war die Bewunderung des Erhabenen. Und Arbaces starrte, wie die Tiere, ohne sei-nen eigenen Antriebe, von seinem Lippen sich entbanden, und die Stimme fragte: „Wer bist du, und was ist dein Beruf?“

„Ich bin das, was du anerkannt hast“, erwiderte das ge-waltige Wesen, ohne in seiner Arbeit nachzulassen. „Ich bin die Natur! Dieses sind die Klüften der Welt, und meine Hände erhalten in ihnen das Leben aller Dinge.“

Und welchen Zweck, sagte die Stimme des Arbaces, haben jene Galerien, die so langsam beiruhigt sich hinab ziehen in den Abgrund der Finsternis?“

der Ungehoranen. Die Schatten, welche in die Höhe schweben, sind die Geister, welche aus der Ewigkeit des Daseins ihre be-stimmte Wandererschaft auf der Erde antreten. Die Galerie zur Rechten, in welche die Schatten von oben herab niederschweben, ist die des Todes!“

„Und weshalb“, sagte die Stimme des Arbaces, „durch-auden jene wilden Lichter bloß die Finsternis, und beleuchten sie nicht?“

„Einfältiger Tor des menschlichen Wissens! Träumer von den Sternen und vermeintlicher Ergründer des Wesens und Ursprungs aller Dinge! Diese Lichter sind nur die Schatten je-ner Kenntnisse, die der Natur für ihren Wirkungskreis gewährt werden; durch sie erkennt sie genug von der Vergangenheit und Zukunft, um ihren eigenen Absichten zu entsprechen. Urteile da-her, du Tor, welcher Art deine Kenntnisse sein müssen!“

Arbaces starrte, als seine Stimme wieder fragte: „Weshalb bin ich hier?“

„Du wirst hier fühlen, was deinem Geist befohlen ist — du wirst den Schatten deines Schicksals jenseits der Erde sehen, wie er sich in die Ewigkeit verliert.“

Wor Arbaces antwortet konnte, fühlte er einen gewaltigen Wind durch die Höhle rauschen. In die Höhe gezogen, und wie ein Blatt in den Herbststürmen emporgewirbelt, sah er sich plötzlich mitten unter den Schatten der Etern, und wurde mit ihnen fortgerissen in die Finsternis. Als er vergeblich an-kämpfte gegen die Gewalt, die ihn erfaßt hatte, glaubte er den Wind eine Art von Gestalt annehmen zu sehen, die gelpflichtige Form der Flügel und Klauen eines Adlers, mit undeutlich und weit in der Luft dorschwebenden Gliedern, nur die glänzenden Augen strahlten finstern und unbeweglich in die Feintgen.

„Wer bist du?“ — fragte wieder die Stimme des Agrippes.

„Ich bin das, was du anerkannt hast“, und das Gespenst lachte laut — und mein Name ist die Notwendigkeit.“

„Wohin trägst du mich?“

„Zum Unbekannten.“

„Zur Seligkeit oder zur Verdammnis?“

„Alle du gefäht hast, so wirst du ernten!“

„Nicht so, fürchterliches Gespenst! — Wenn du der Beherr-scher des Lebens bist, so sind meine Wissenstände dein Wert, und nicht das meine!“

„Ich bin nur der Atem Gottes!“ — erwiderte der müd-pige Wind.

„Dann ist meine Weisheit eitel!“ — seufzte der Träumer.

Der Leutnant sagt das Schicksal nicht an, wenn e-Pfeiler säte und kein Korn erntete. Du hast Kasper gefäht, sage das Schicksal nicht an, wenn du nicht den Lohn der Jugend erntest.“

(Fortsetzung folgt.)

schärfste bekämpft habe. Denn er müsse auch heute noch erklären — und hierin habe ihm erst vor kurzem Herr v. Seydebrand selbst zugestimmt — daß die Abkehrung der Erbschaftsteuer ein tatsächlicher, finanzieller und volkspolitischer Fehler der konservativen Partei war.

Jetzt, wo es ihm an den Kragen geht, fängt Herr Seydebrand an, ablehnend einzusehen. Wenn ihn die Wähler aus der Schlinge lassen, stellt sich die alte Verstocktheit wieder ein.

Ein brotlicher Streit um die Unterbeamten. Die „Staatsbürgerzeitung“ hatte kürzlich in einem Artikel behauptet, die Unterbeamten, vornehmlich die der Postverwaltung, gäben fast durchweg einen roten Stimmgelb ab, ohne deshalb Sozialdemokraten zu sein; die Schuld an diesen bellagerten Zuständen trage die Postverwaltung selbst, die es anscheinend an der notwendigen Fürsorge für die Beamten habe fehlen lassen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ nennt diese Behauptungen eine schwere Verunglimpfung und Verleumdung des ehrenwerten Standes der Unterbeamten. Die Postunterbeamten seien nicht ungünstiger als die übrigen im Reichsdienst beschäftigten Unterbeamten gestellt, und gerade auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge sei von der Reichspost- und Telegraphenverwaltung im Interesse ihres großen Unterbeamtenpersonals seditend geleistet worden. — Das wird sich ja bei der Abwägung dieser Leute herausstellen.

Um Mittelstandskrisissen zu fangen, erzählen alle möglichen Leute gegenwärtig wieder, wie arg Kleinhandel und Handwerk durch die Konsumvereine bedrängt werden und wie nötig daher der Kampf gegen die Konsumvereine ist. Daß das alles hohles Geschwätz ist und daß der Kleinhandel unter ganz anderen Dingen leidet als unter den Konsumvereinen, zeigt recht deutlich folgende Aufstellung: In einem kleineren Orte, der rund 7000 Einwohner zählt, befinden sich außer zwei Konsumvereinszweigen noch 20 Kolonialwarenhandlungen, 15 Grünwarengeschäfte, die ebenfalls Kolonialwaren führen, 11 Schlächtereien, 9 Bäckereien, sowie ein Butter- und ein Kaffeepeinlagegeschäft. Alles in allem bestehen also 59 Ladengeschäfte. Es wird in der Stadt etwa 1484 Einwohnerfamilien geben, danach entfallen auf je 24 1/2 Familien ein Geschäft. Nun sind jedoch 810 Konsumgenossenschaften organisiert. Rechnet man diese ab, so entfällt auf je 10 1/2 Familien ein Geschäft. Berücksichtigt man dann noch, daß es sich um einen Ort von Köln handelt, daß also erhebliche Warenmengen in Köln gekauft werden, so hat man einen deutlichen Beweis, wie stark der Kleinhandel in diesem Ort überfüllt ist.

Was jeder Sachkenner längst weiß, zeigt sich also auch hier wieder. Der Kleinhandel ist arg überfüllt und infolgedessen nicht leistungsfähig. Nationalisierte Großbetriebe würden deshalb eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit für den Kleinverkauf von Lebensmitteln. Das hier genossenschaftliche Organisationen, in denen die Konsumenten selbst bestimmen, ungleich wertvoller sind als privatkapitalistische Geschäfte, ist klar. Dabei ist die große soziale Bedeutung der Konsumvereine noch gar nicht berücksichtigt.

Amerikanische Wahlbeeinflussungen in den Reichslanden. Das Oberlandesgericht Kilmann, dem die Prüfungen der Wahlprotokolle für die zweite Reichstagswahl in der Provinz zugeteilt sind, hat die Wahl des Zentrumsabgeordneten Pöschmann-Büsch wegen schwerwiegender Beeinflussungen durch die Geistlichkeit scharf kritisiert. Auch bei den Wahlen der Abg. Meyer-Walburg und Bachhoff-St. Woll wurden geistliche Wahlbeeinflussungen festgestellt, doch war der Stimmenabzug für eine Kassierung nicht hinreichend.

Der Nationalliberale als Landwirtschaftlicher. Die Ortsgruppe Koburg des Bundes hat beschlossen, bei der Reichstagswahl in der Hauptwahl den Kandidaten der Fortschrittlichen Volkspartei, Hauptlehrer Sandner, zu unterstützen, weil dieser die Richtlinien des Bundes rückhaltlos anerkannt hat. Der bürgerliche Gegenkandidat der Nationalliberalen, Regierungsrat Dr. Quars, kandidiert zugleich für den Bund der Landwirte. Als Vorstich auch vor dem Nationalliberalen Grund in Breslau-Df.

Die unpolitischen Kriegervereine. Die „Welt“ am Montag teilt mit, daß der Kriegerverein Zehlendorf bei Berlin eine Krieger-Versicherungsgesellschaft für die Klasse gegen sozialdemokratischen oder freigewerkschaftlichen Streit- und Wahlterrorismus errichtet. Das genannte Blatt entwirft sich darüber, daß die Kriegervereine, die kein Wort gegen Agrarier- und Ausbeuterterrorismus finden, um soviel mehr aber gegen angeblichen Arbeiterterror, daß die noch von oben patronisiert werden. Dieses „Oben“ ist eben genau so neutral, unpolitisch und unparteiisch wie die Kriegervereine selbst. Es wird Zeit, mit diesem Kurs der unheimlichsten Rechtsbeugung gegen die Mehrheit der Staatsbürger gründlich aufzuräumen.

Polizei gegen Wasserfall. Die „Köln. Zeitung“ berichtet aus der Pfalz: „Der Zentralvorstand der Nationalliberalen Partei in Berlin, vertreten durch Rechtsanwalt Wasserfallmann und Landtagsabgeordneter Geheimrat Friedberg, richtete an die Mitglieder des nationalliberalen Vereins des Wahlkreises Bernersheim-Berggärten in offenem Briefumschlag einen Aufruf zur Spendung von Wahlkostenbeiträgen. Von der Polizei ist nunmehr gegen Wasserfallmann und Dr. Friedberg Strafanzeige erstattet worden, weil dieser Aufruf die Vorschriften des Strafgesetzbuches über die verbreiteten Sammlungen verletze. Auf den Entscheid der Behörden ist man gespannt. Wie man hört, soll die Anzeige auf Veranlassung von Angehörigen der Zentrumsparterie erfolgt sein.“

So soll eine derartige Anzeige wäre — daß einmal auch die Büttel aller Polizeistriche die Schergenfaust fühlen müssen, hat etwas für sich. Aber zur richtigen Wertung deutschen politischen Lebens in der zivilisierten Welt fehlt wirklich nur noch die Befreiung wegen Aufrufs zur Wahlkostenbespende!

Auf dem Wege zur Militärlage. Der reichsverbändlerische Generalmajor z. D. v. Gersdorff tritt in der „Volk“ warm dafür ein, die Ersatzreserve wieder militärisch auszubilden, weil es ein unhaltbarer Zustand sei, daß alljährlich 80 000 militärfähige Leute nicht ausgebildet werden können. Der eifrige Reichsverbändler schlägt für die Ersatzreserve eine Ausbildungszeit von 90 Tagen und zwei Übungen von 42 und 28 Tagen vor. In ähnlicher Weise wurde die Ersatzreserve bis zum Jahre 1887 ausgebildet, nur daß damals die Ausbildungszeit nur 70 Tage betrug, woran sich dann zwei Übungen von 8 und 4 Wochen schlossen. Die dritte Übung fiel stets in die Zeit der Manöver und die Ersatzreservisten wurden auf die einzelnen Kompanien verteilt, in deren Verband sie das Manöver mitzumachen hatten. Durch die Annahme der großen Militärvorlage im Jahre 1887 fiel die Ausbildung der Ersatzreserve weg, weil die neue Militärvorlage die Mittel der Steuerzahler so gewaltig in Anspruch nahm, daß man nicht auch noch die Ausbildung der Ersatzreserve in der damals üblichen Weise vornehmen konnte. Die Ersatzreservisten sind allerdings niemals zu Paradeübungen ausgebildet worden. Kenner der Verhältnisse äußerten sich jedoch sehr günstig über die selbstmäßigen Leistungen dieses Teiles der deutschen Truppen.

Der Reichsverbändler Gersdorff ahnt allerdings, daß sein Vorschlag von den Freunden des Militärsystems frustriert werden wird und dem glaubt er dadurch vorbeugen zu können, daß er die feste Versicherung abgibt, nicht auf dem Boden des Militärsystems zu stehen. Gleichwohl drängt die ganze Entwicklung dahin, daß eine Verklärung der Dienstzeit eintreten muß, wenn die rund 90 000 Mann, die Deutschland jährlich als Ueberfluß an Militärfähigen aufzuweisen hat, überhaupt ausgebildet werden können. Der Vorschlag des Generals v. Gersdorff heißt sich in der Tat mit dem Gedanken des Militärsystems, und es ist ein Streit um Worte, wenn der General versucht, dies abzu-

lagen das lernen kann, was zur selbstständigen Ausbildung nötig ist, dann ist wirklich nicht einzusehen, weshalb der andere weit stärkere Teil der Truppen zu diesem Zwecke zwei Jahre in der Kaserne festgehalten werden soll.

Wie der Oberst spricht. Ueber den Oberst a. D. von Massow, den konservativen Reichstagskandidaten in Labiau-Wehlau, erzählt der Redakteur der „Wehlauer Zeitung“, Lindemann, in seinem Blatte folgendes:

„Im Sitzungssaale (es handelt sich um eine Sitzung des Kreisrats), als bis auf den Landrat alle Kreisratsmitglieder zusammen waren, kam ganz unerwartet Oberst von Massow auf mich zu und sagte mir an: „Sie alter Junge, Sie haben mich gestern wieder in Ihrem Blatte beleidigt. Sie sind ein rüpelhafter Geselle und ein Feigling.“ Als ich dem Beleidigten mit gewaltsam aufrechter erhaltener Ruhe erwiderte: „Herr Oberst, ich bitte Sie, mich hier nicht zu belästigen. Es ist hier nicht der geeignete Ort, wo wir uns ausmanövrieren können. Wenn Sie sich durch einen Artikel gekränkt fühlen, stehe ich Ihnen ja zur Verfügung“, fiel Oberst von Massow vollends aus der Rolle und überhäufte mich derart mit Schimpfereien, daß ich, um einer Szene vorzubeugen, den Oberst stehen ließ und mich nach der anderen Saalfeste begab. Doch von Massow folgte mir auch hier und sprach von „liberalen Saalunken“, „Fressheilen“ usw. Als ich ihn dann, um ihm meine Beachtung auszudrücken, abermals stehen ließ und mir beim Umdrehen eine Sekunde die Ohren zuhielt, nannte er mich „ungezogenen Menschen“ und „Rüpel“, der sich „ruhig seine langen Ohren zuhalten“ solle. Nachdem vor dem Oberst schließlich von Massow davon ab, mich weiter zu insultieren, aber von seinem Blatte am entgegengekehrten Ende des Saales aus warf er mir bis zur Eröffnung der Sitzung alle paar Minuten ein ironisches Wort oder eine Schimpferei zu. Bevor er sich auf seinen Platz begeben hatte, hatte ich ihn wiederholt gesagt: „Wenn Sie ein Ehrenmann sind, so lassen Sie an diesem Orte die Angelegenheit ruhen; ich stehe nachher zu Ihrer Verfügung.“ Oberst von Massow bedachte mich dafür mit neuen Schimpfereien, offensichtlich nur, um mich zu provozieren und zu einer Handlung zu reizen, die die Konservativen dann im Wahlkampfe ausbeuten konnten.“

Man stelle sich ganz aus der Ferne vor, ein Sozialdemokrat hätte so gehandelt — alle bürgerlichen Tanten würden Starrkrampf kriegen!

Das einzige Zentrum. Ein großer Zentrumsprozess steht am 29. Dezember d. J., also kurz vor den Reichstagswahlen, in Frankfurt a. M. zur Verhandlung. Es handelt sich um eine Privatklage des katholischen Geistlichen Dr. Karl Kaufmann, des Leiters der Zentral-Auskunftsstelle der katholischen Presse und Herausgebers der „Apostolischen Rundschau“ gegen die katholischen Zeitungen wegen Verleumdung durch die Presse. Die verlagerten Blätter sind die „Neisser Zeitung“, die „Hildesheimer Zeitung“, das „Deutsche Volksblatt“ in Stuttgart, die „Westfälische Volkszeitung“ in Bochum und das „Frankfurter Volksblatt“. Oben die drei letztgenannten Organe soll nun am 29. Dezember in Frankfurt verhandelt werden.

Keine Landesparlamenten mehr in Deutsch-Ostafrika. Die „Wambara-Post“ vom 2. Dezember meldet: „Für weitere Landesparlamenten auf zwei Jahre gesperrt wird der Kilimandjaro.“ — Die Maßregel wird mit dem Hinweis begründet, daß auch noch für nachfolgende Ansiedler Land übrig bleiben müssen.

Seereschiffahrt ohne Wehrverein. Nach einer jetzt veröffentlichten Kabinetsorder wird im Jahre 1912 beim 1. und 8. Armeekorps eine Kavallerie-Division aufgestellt.

Auf der Agitationsreise verunfallt. Der bisherige fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Dr. Decker, der auf einer Agitationsreise in seinem Wahlkreis (Schleswig-Holstein 10) begriffen war, ist bei Friedrichsruh verunfallt. Der Wagen, den Dr. Decker benutzte, war in der Dunkelheit umgeklungen und die Insassen wurden herausgeschleudert. Dr. Decker wurde der linke Arm ausgerenkt, während der Kutscher mit dem Schrecken davonkam.

In Plauen hat der nationalliberal-konservative Kandidat Müller den Fortschrittler Rietich wegen Verleumdungen in der Wahlagitation zum Duell gefordert. Der Freimüthige hat dankend abgelehnt.

Ausland.

Nationale Fragen auf dem Parteitag der polnischen Sozialdemokratie.

Der Parteitag der polnischen Genossen, der am 18. und 19. Dezember in Lemberg stattfand, nahm mit bemerkenswerter Entschiedenheit Stellung gegen die von den tschechischen Separatisten herbeigeführte Spaltung der Gewerkschaften und zu Gunsten der neuen, auf dem Boden der Internationalität stehenden tschechischen sozialdemokratischen Partei. Der Referent, Genosse Daszynski, erklärte in warmen Worten das einmütige Bekenntnis der polnischen Genossen zur internationalen Gewerkschaftszentralisation, und trat, bei allem Bedauern der eingetretenen Spaltung, für die Anerkennung der neuen Partei ein. Er zeigte, wie der Nationalismus die tschechischen Sozialisten in Wägen dazu geführt hat, mit den bürgerlichen Nationalisten den „mährischen Landtag“ zu bilden, wie er die tschechischen Arbeit zum Bündnis mit der Polizei gegenüber den doch auch tschechischen Polen gebracht hat. Er zeigte, wie die nationale Zersplitterung nur den Unternehmern dient, wie der Bergarbeiterverband nur durch die Treue seiner polnischen Mitglieder vor der völligen Vernichtung bewahrt blieb, aber doch von 32.000 auf 12.000 Mitglieder herabgebracht wurde. Die vorgelegene Resolution wurde nach eingehender Diskussion einstimmig angenommen.

Ebenso entschieden trat Daszynski für die Einheitlichkeit der polnischen sozialistischen Partei ohne Unterscheid der Landesgrenzen ein. Er zeigte, wie niemand schärfer als die galizischen Genossen den Kampf gegen die Fäulnis der dort herrschenden Gruppen der eigenen Nation aufgetreten sei, bekamts sich aber mit gleicher Entschiedenheit zur Erfüllung der jeder sozialistischen Partei, besonders aber der des tschechischen Volkes, in der die revolutionäre Exaltation dieses Volkes fortlebe. „Niemand wird es einen internationalen Sozialistenwahn geben, der die von Rußland und Preußen gezogenen Grenzen anerkennt und uns nicht helfen würde in unserem Streben nach Vereinigung und nationaler Unabhängigkeit.“ Zugleich betonte er entschieden die Anerkennung der russischen Gleichberechtigung und den Willen zum Zusammenarbeiten mit den russischen Genossen. Hinsichtlich des Verhältnisses zu den jüdischen Sozialdemokraten wurde, unter Betonung der vollen Gleichberechtigung derjenigen jüdischen Genossen, die sich als Polen fühlen und der polnischen Partei angehören, und unter der Bedingung einseitiger Parteimitgliedschaft auf dem territorialen Gebiet der polnischen Partei die Jüdische sozialdemokratische Partei als Vertretung der jüdischen Parteigenossen, die der polnischen Kultur noch fernstehen, anerkannt. Ueberall trat das Bestreben hervor, unter Aufrechterhaltung der eigenen Selbständigkeit ein Handhabbarwerden der verschiedenen nationalen Gruppen der Partei zu fördern. In diesem Sinne soll die Parteilung bei der einzuübenden Konferenz aller Parteileitungen der nationalen organisierten Parteien wirken. Ebenso soll der polnische sozialdemokratische Klub im Abgeordnetenhaus auf die Wiedererrichtung des gemeinsamen Verbandes hinwirken und jedesfalls für die zeitweilige Verständigung aller sozialistischen Fraktionen sorgen.

Die niedererreichliche Militärrevolte in Portugal. In Lissabon sind Nachrichten über die Revolte eines Teils des 29. Infanterie-Regiments in Braga eingetroffen, wonach diese als ein manövrierfähiger Aufstand herbeigeführt wurde.

Heute. Royalistische Agenten besuchten längere Zeit die Kaserne der Truppen, die im Norden des Landes stationiert sind, und verteilten Geld an die Soldaten. Aber nur ein Teil der Soldaten wurde gewonnen und nahm die erste Gelegenheit wahr, um zu rebellieren. Da aber die Mehrheit der Truppen treu blieb, erkannten die Rebellen schnell, daß ihre Sache verloren war. Sie flüchteten sich in die Kaserne und verbarrikadierten sich dort. Da sie sich nicht gefangen geben wollten, kam es zu einem scharfen Gefecht. Der Oberst des zweiten Infanterie-Regiments, unterstützt von dem Rest des 29. Regiments und einer Abteilung Marineinfanterie, griff die Kaserne an, wurde aber schließlich durch das Feuer der Rebellen gezwungen, sich zurückzuziehen. Der Oberst ließ darauf zwei Batterien Kanonen vor der Kaserne auffahren und erklärte, er werde sie bombardieren, wenn nicht sofortige Uebergabe erfolge. Darauf ergaben sich die Rebellen.

Die Regierung hat den Verkauf aller Juwelen und Wertgegenstände beschlossen, die in den königlichen Kassen aufbewahrt worden sind einschließlich des Schatzes, der als Schatz Miguel bekannt ist, und dessen Juwelen allein auf mehr als 10 Millionen Mark geschätzt werden. Der entthronte Mamel hat durch die englische Gesandtschaft in Lissabon jedoch, mit Ausnahme der Kronen, alles Juwelen, darunter zahlreiche Schmuckstücke, Ohrringe, Kolliers, mit Wertvollen besetzte Waffen und andere Wertgegenstände als Privatbesitz reklamiert, der ihm und seiner Mutter Amelia gehöre. Die Regierung wird die Angelegenheit im Parlament zur Sprache bringen.

Der geantabulische Fürstenschädel. Am Montag nachmittag wurde auf dem zur Auflassung bestimmten Friedhof von St. Marx in Wien von unbekannten Tätern die Brust des kaiserlichen Alexander Karageorgewitsch, des Vaters des gegenwärtigen Königs von Serbien, erbrochen und der Schädel der Leiche gestohlen. Die Tat wurde gestern von einem auf dem Friedhof beschäftigten Gärtnergehilfen entdeckt. Bei Befragung der erbrochenen Brust stellte die Polizeikommission fest, daß nur der Schädel fehlt. Die Ordenssterne an der Uniform sowie zwei Ringe an der Hand des Toten wurden unberührt vorgefunden.

Ferner wird noch berichtet, daß in der Gasse der Flucht der Unterleifer des Schädels verloren wurde. Die Leichen sollten demnach zur Bestattung nach Belgrad überführt werden. Man vermutet, daß die Einbrecher Serben sind, die demonstrieren wollten. Die Leiche der Königin Persida blieb unberührt.

Die bulgarischen Minister angeklagt. Die Spezialkommission, die mit der Untersuchung der Affäre der Exminister aus der Stambulowschen Partei betraut war, hat ihre Arbeiten beendet. Das gesamte Material wird der Staatsanwaltschaft übergeben werden, doch nimmt man an, daß der König die Minister begnadigen werde.

Ein Aufstand in Adana. Nach einer Meldung der „Daily Mail“ aus Merzina haben in der Provinz Merzina in Kleinasien schwere Angriffe auf Ausländer und den christlichen Teil der Bevölkerung stattgefunden. Ein furchtbares Blutbad sei angerichtet worden. In Adana, der größten Stadt der Provinz, und den größeren Dörfern von Merzina haben sich die Armenier panikartig gestreut und aus allen Küstentädten wandern die Christen aus.

Kämpfe der Spanier in Marokko. Die Spezialkommission aus Merzina besagt, daß am 25. d. Mts. bei Tagesanbruch fünf Kolonnen gleichzeitig die Rifleute angegriffen haben, die nach sehr heftigem Widerstande sich auf die andere Seite des Riffstufes zurückziehen mußten. Die Eingeborenen haben sehr große Verluste erlitten und ihre Toten, Waffen und Munition im Stich gelassen. Auf spanischer Seite wurden ein Major, drei Hauptleute und 38 Soldaten verwundet, und zwei Soldaten getötet. — Nach Meldungen Pariser Blätter aus Madrid wird der Gesamtverlust der Spanier in dem Gefecht von Taurigaz auf 22 Tote, darunter einen Oberleutnant, einen Hauptmann und zwei Leutnants, sowie auf 47 Verwundete angegeben. Die Spanier haben zweitausend Mann von Ceuta nach Merzina entsandt.

Der wirtschaftliche Krieg gegen Italien. Die türkische Kammer hat, entsprechend den von der Regierung schon bei Beginn des Krieges erlassenen Anordnungen, ein Gesetz angenommen, wodurch für Waren italienischer Herkunft ein hundertprozentiger Zoll eingeführt wird. Das Gesetz stellt es der Regierung anheim, ausnahmsweise den sonst gültigen elfprozentigen Zoll für italienischen Schwefel beizubehalten, der für den türkischen Weinbau unerlässlich ist.

Die Mongolei unabhängig. Nach Privatmeldungen ist ein Komitee, zu dem sechs Fürsten und ein Vertreter des Dalai Lama gehören, mit der Verwaltung der Mongolei betraut worden. Die Bildung eines Ministeriums des Innern, des Außenwärtigen, des Krieges, der Finanzen und der Justiz ist in Aussicht genommen und die Bildung des Kabinetts im Gange. Für die Thronbesteigung des Cheptuns Dampa Hutuktu, des Oberhauptes der buddhistischen Geistlichen, werden Vorbereitungen getroffen. Es herrscht volle Ordnung.

Friede in den schottischen Gassen. Aus Dundee wird berichtet: Die vom Haupt- und Industriekommissar im Handelsamt Sir George Ashwith geleiteten Verhandlungen zur Beilegung des Ausstandes der Gasenarbeiter und Fuhrleute haben am Sonntag früh 3 Uhr zu einer Einigung geführt. Den Arbeitern sind bestimmte Lohnerhöhungen zugestanden worden.

Parteiangelegenheiten.

Der „ungläubige“ Zola. Das Reichsgericht hat das Urteil des Landgerichts Bochum, wodurch der Verantwortliche unseres dortigen Parteiblattes wegen — Ungläubigkeit des im Feuilleton abgedruckten Zola'schen Romans „Arbeit“ verurteilt worden war, aufgehoben, und eine neue Verhandlung angeordnet.

Im Volksgesamt Dresden. In der Buchhandlung „Vorwärts“ wurden am Mittwoch die vorhandenen Exemplare der bekannten Gedichtsammlung „Von unten auf“ beschlagnahmt. Einige Gedichte sollen es der Berliner Polizei angehen haben.

Diese neueste Polizeimaßnahme reißt sich den bisherigen würdig an.

Eine „Vereinigung sozialistischer Bäckereifreunde“ ist am 22. Dezember mit dem Sitz in Berlin gegründet worden. Die Vereinigung will für alle Interessen sozialistischer Bäckereifreunde einen Mittelpunkt schaffen und im besonderen durch Vorträge und Buchverträge, durch Herausgabe eines Mitteilungsblattes, durch Parteilagen und Veranstaltung von Neu-Ausgaben, durch Unterstützung der Partei, diesen Interessen dienen. Anfragen und Anmeldungen sind zu richten an Max Grünwald, Berlin W. 62, Sandgrabenstraße 2a.

Parteigenossen!

denkt an den Wahlfonds!

Beantwortlicher Redakteur: Carl Ochs. — Redaktion und Expedition: Df. 1. — Druck und Verlag: Carl Ochs. — Preis des H. 2. — 5. u. 6. — 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100.

Verspätet!
In der Nacht vom 24. zum 25. Dezember verschied nach fast zwölftägiger Krankheit unser langjähriges Verbandsmitglied und Mitglied unserer Begräbniskasse, der Zimmerer
Reinhold Ziske
im Alter von 49 Jahren. 9655
Ein ehrendes Andenken werden ihm stets bewahren
Die Mitglieder des Zentralverbandes der Zimmerer
Zahlstelle für Breslau.
Trauerhaus: Fichtestrasse 5.

Am 25. d. Mts. verschied nach langem Leiden unser Mitglied, der Zimmerer
Reinhold Ziske
im Alter von 49 Jahren.
Leicht sei ihm die Erde!
Der Sozialdemokratische Verein Breslau.
Beerdigung: Donnerstag, den 28. Dezember, nachmittags 1 Uhr, nach dem Salvator-Friedhof, Ende Lohestr. 9656
Trauerhaus: Fichtestrasse 5.

Am 25. d. Mts. verschied nach langem Leiden unser Freund und Genosse, der Zimmerer
Reinhold Ziske
im Alter von 49 Jahren. 9657
Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren
Die Genossen und Genossinnen des Distriktes XVI (Strehl. Tor) des Sozialdemokr. Vereins Breslau.
Beerdigung: Donnerstag, d. 28. Dezember, mitt. 1 Uhr, vom Trauerhaus Fichtestrasse 5 nach dem Salvator-Friedhof.

Am 26. Dezember verschied nach lang, schwerem Leiden mein Mann, der Schlosser
Alois Pattermann
im besten Mannesalter von 83 Jahren. 9654
Die tieftrauernden Hinterbliebenen.
Beerdigung findet Freitag, nachm. 2 1/4 Uhr, vom Allerheiligen-Hospital aus, statt

Lehrfräulein
welche die St. Dameschneiderlei nur praktisch und gründlich erlernen wollen, für Hausbedarf und Beruf. Schneidmaschinen nach der neuesten Methode bei taubelferem Lohn ohne Anprobe garantiert, auch Abendkurse.
Beginn täglich. 7073
Rappich,
Breslau, Dörschstr. 45, 1. Stg.

Sofortige Provisionszahlung
für Zuführung von Sferbekassens- und Kindervers.-Anträgen mit wöchentlicher Prämienzahlung. Befriedigenden Leistungen Anstellung in festem Gehalt u. Spesen.
Subdirektion der „Iduna“
Breslau II, Neudorfstr. 11, I. 9651

Frische Hasenleber Pfd. 50 Pf.
Frische Schwarzhäsen, das Stück 10 Pf.
Frische gespickte Hasenläufe, das Paar 40 Pf.
C. Valentin, Neumarkt 2
9612

Breslauer Fischhallen
Schmiedebrücke 59
Telephon 4472.

Schlesische Silvesterkarpfen in allen Größen, das beste am Marke, garantiert rein schmeckend und fleischig.
Giskarpfen in allen Größen billig.
Allerf. Cablian u. Seelachs Pfd. 33 Pf.
Cablian und Seelachs in polnischer Sauce ist eine Delikatess.
Angelschellfisch, Schellfisch im Schnitt, Backschellfisch, Radischelle.
Goldbarich besser Ersatz für Karpfen Pfd. 30 Pf.
Große, fleischige Notungen, Ostender Steinbutten u. Junger in allen Größen.
Austernfisch, Küsterech, Knurrhahn, Seeforelle, Heilbutten.
Hof. Silberlachs in Fischen à 4-6 Pfd. Pfd. 60 Pf., im Schnitt 70 Pf.
Rhein-, Wefer-, Weichsel- und Norwegelachs.
Hohefeine Flusshechte Pfd. 75 Pf., Zettiner Hechte, Flußzander in allen Größen, lebende Hechte, Aale, Schlei, Karauschen und Krebse. 9650
Feinste Fischkoteletts Pfd. 60, frische grüne Heringe 3 Pfd. 50 Pf.
Lebende Hummern, Langusten-Matern und Wablmuscheln.
Echte Kieler Büdinge und Sprotter, Kiste 1.45 Mk.
Feinste norwegische Spilkaale, Flundern, edles Störkeisch, belgischer Makrelen.
Kaviar! Prompter Versand nach auswärts. **Kaviar!**

Stadt-Theater.
Donnerstag, nachmittags 3 1/2 Uhr:
„Prinzessin Lausendtschön“.
Abends 7 1/2 Uhr:
„Königsfinder“.
Freitag, nachm. 3 1/2 Uhr:
„Prinzessin Lausendtschön“.
Abends 7 1/2 Uhr:
„Der Rosenkavalier“.
Samstag, nachm. 3 1/2 Uhr:
„Prinzessin Lausendtschön“.
Abends 7 1/2 Uhr:
„Lauhäuser“.

Zeltgarten
Gala-Vorstellung
mit dem beliebten
Willy Haase
2 Burlesken
Außerdem Spezialitäten.
Samstag, den 31. Dezbr.:
Silvester-Ball

Lobe-Theater.
Donnerstag, 7 1/2 Uhr:
„Die drei Frauen“
Freitag, 7 1/2 Uhr:
„Gubran“
Samstag, 7 1/2 Uhr:
3. Akt
„Das Bräutchen“

Palmengarten.
Heute Donnerstag:
I. Großes
Bockfest
à la Münchener.
Verschiedene Neuheiten.
Sonntag, den 31. Dezbr.:
Silvester-Ball.

Thalia-Theater
Donnerstag: Hundst-Bräu
Abendkonzert-Bühnen (große Karten)
Freitag, Gruppe E. 2. Vorstellung:
„Der Raub der Sabinerinnen“.
Samstag, Gruppe E. 2. Vorstellung:
„Der Raub der Sabinerinnen“.
Sonntag, 7 1/2 Uhr:
„Die Fledermaus“.

Kaufe alte Geräte Gerüst.
Bettstellen, Sofa, Kommoden, Polster, ganze Einrichtungsgegenstände, Behälter, und viele mehr.
Wahler, Friedrichstraße 53 [9651]

60-70 Nähmaschinen
Singer und Pfäffli, alle mit Garantie, schon von 18 Mk. an bei Rosenfeld, Neumarkt I. 9655

Abgabe! Große Auswahl ger. Möbel.
Bettstellen, Sofa, ganze Zimmer-Einrichtungen, außer billig zu verkaufen
Friedrichstraße 53a. [9652]

Schauspielhaus
Donnerstag, nachm. 3 1/2 Uhr:
„Hänsel und Gretel“
Abends 8 Uhr:
„Die moderne Eva“
Freitag, nachm. 3 1/2 Uhr:
„Hänsel und Gretel“
Abends 8 Uhr:
„Die moderne Eva“
Samstag, nachm. 3 1/2 Uhr:
„Hänsel und Gretel“
Abends 8 Uhr:
„Die moderne Eva“.

Kammermusiksaal.
Donnerstag, den 4. Januar 1912, abends 8 Uhr.
Vortrags-Abend
Robert Müller.
Karten zu 3.20, 2.15, 1.05 Mk. im Verkehrs-büro Barasch und Michaelis, Gartenstr. 48.

Protest
gegen die Verteuerung braucht nicht erhoben zu werden wenn mein 9677

Schneeschipper-Punsch
per 1/4 Flasche Mk. 1.85
per 1/2 Flasche Mk. 1.00
auf seine Güte geprüft worden ist.

Engros-Vertrieb für Breslau:
Fa.: Ernst Gampert, Matthiasstr. 62.
R. Bergmann, Melikestr. 1a.
Verkaufsstellen durch Plakate kenntlich.

Wilhelmsburg.
Heute Donnerstag: **Großes Tanz-Kränzchen.** Bei der Colonade ruhende Gäste. F. Hützel.

Konsum-Verein „Eintracht“, Altwasser
Eingetr. Genossenschaft m. beschr. Haftpflicht.
Die Generalversammlung vom 3. Dezember 1911 hat die Liquidation der Genossenschaft beschlossen.
Nach § 82 des Genossenschafts-Gesetzes ersuchen wir hiermit unsere Gläubiger, sich zu melden. Gleichzeitig wurde die Auflösung der Genossenschaft und Verschmelzung mit dem Konsumverein für Gottesberg und Umgegend zum 1. April 1912 beschlossen. Durch Beschluss gehen sämtliche Aktiven und Passiven am 1. April 1912 an den Konsumverein für Gottesberg und Umgegend über.
Als Liquidatoren wurden: Geschäftsführer Paul Schulze und Tischlermeister Ernst Springer, beide wohnhaft in Altwasser, durch die Generalversammlung gewählt. 9610
Der Vorstand.
Paul Schulze, Ernst Springer, Robert Schwarzer.

Rohtabak-handlung Carl Rother & Rode
Breslau I. Gummerei Nr. 26. 6011
Spezialität: R. alte Sumatra.

Grosse Auswahl aller Arten
Uhren u. Goldwaren
auch auf 8985
Teilzahlung. 
Billigste Preise. Kleine Raten.
F. Patriok, Uhrmacher,
Vorwerksstrasse 43, Ecke Brüderstr.
Eigene Reparatur-Werkstatt für Uhren und Goldwaren.

Ausstellungs-Räume in 6 Etagen!
Möbel-Einrichtungen
in jeder Preislage.
Langjährige Garantie. Billige Preise.
Krimke & Co., Neue Graupenstr. 7
am Sonnenplatz

Rheumatismus, Körperschmerzen
Nicht, Häufig (Schmerz), Gliederschmerzen, Nervenschmerzen, Gelenksentzündung, Gelenksentzündung u. sind ein unheilbares Leiden. Deshalb gekannt man jetzt Reichel's „Electricum“ (Echtes Nervenmittel), ein ungeschädliches Naturprodukt ohne Alkohol, ein gutes, aber preisliches, äußerlich angewandtes Schmerzmittel, kräftig durchgreifend und von wohltuender, schmerzstillender Wirkung. „Electricum“ wirkt wie elektrifizierend auf den Körper! Fl. 60 Pf., 2 L. — und 2. — Die Wirkung wird noch erhöht durch innerlichen Gebrauch von Reichel's Wachs-oder-Extrakt. Fl. 75 Pf., 2 L. 1.50 und 2.50. Niemals ausgetauscht! Man nehme nur die echten Original-Fläschchen mit roter Aufschrift „Electricum“ und den Namen Otto Reichel, Berlin SO.
In Breslau und Umgegend erhältlich in allen Provinzen. [7604]
Königliche Hof-Apothek, Berlin, Friedrichstr. 109

Liebich's Etablissement
Otto Reutter
und das brillante
Dezember-Programm.
Anfang 7 1/2 Uhr. 9622

Erleben in 2. Auflage
erschienen:
Hermann Wendel
Wie Fleischwucher!
Wie Gottesgnadentum!
Wegen angeblicher
Majestätsbeleidigung
konfiszirt gewesen!
Preis 10 Pf.
Buchhandlung „Sollwächter“

Viktoria-Theater
Original Parisiana
„Unvergleichliche Wahnung“
„Die kausche Toilette“
„Las immer 33“
Samstag, den 28. Dezember, nachm. 8 Uhr.
Donnerstag, den 27. Dezember, nachm. 8 Uhr.

Das **Bockbier** der
Brauerei Sacrau
ist 8658
hervorragend gut.

Freitag früh eintreffend:

Cablian	25	Bratshellfisch	20
Seelachs	25	Schellfisch im Schnitt	35
Bratsholle	30	Goldbutt	35

alles in vorzüglicher Qualität. 9649

Gerne für
Silvester: Schleifische Spiegelkarpfen,
1-2 Pfund, 80, 2-3 Pfund, 90, 3-4 Pfund, 1.00, 4-5 Pfund, 1.10, 5-12 Pfund, 1.25.
Schnitz frische Giskarpfen, 1-2 1/2 Pfund, 55.

Carl Stock 38, Oberstraße 38,
in der Adler-Wohnung, 38, Oberstraße 38,
Breslau, am 28. Dezember 1911

Ein Wunder
der Leuchtungs-Industrie ist
„Ziu“
Petroleum-Flüchtbrenner.
Dieser Brenner leuchtet besser als eine Gasglühbirne, verbraucht die Stunde nur für ca. 1 Pf. Petroleum, ist sehr einfach zu behandeln und paßt auf jede stärkere Petroleum-Licht- und Gasglühbirne. Preis kompl. nur 2 Pf. 50. Allein-Verkauf für Breslau Lampen-Expz.-Gesch.
Adolf Gerstel
Chausstraße 19. 7815

1. Beilage zu Nr. 303 der „Volkswacht“.

Freitag, den 29. Dezember 1911.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 28. Dezember.

Geschichtskalender.

29. Dezember.

1809 Der Staatsmann William Gladstone in Liverpool.
1829 Der Maler Jacques Louis David in Brüssel f.

Der Landbote Nr. 1

st erschienen und soll Sonntag, den 31. Dezember im Landbote Breslau verteilt werden. Die Distriktsführer, Obmänner und Landbotenvertreiter werden ersucht, dies zu beachten und dafür zu sorgen, daß jezt alles sehr gewissenhaft verteilt wird. Sonntag, den 7. Januar kommt außerdem noch ein Flugblatt an die Wähler. Deshalb alle Mann auf dem Posten.

Der Vorstand des sozialdemokratischen Vereins
Breslau (Land)-Neumarkt.

Wie auf dem Lande gewählt wird.

Der Landrat des Kreises Neumarkt hat als Wahllokale meistens Schulräume und Gastwirtschaften bestimmt. Sein Stellvertreter im Kreis Neumarkt, Herr von Tettenborn, macht es aber ganz anders; im Kreisblatte vom 18. Dezember schreibt er u. a.:

„In den Orten, wo der Wahlvorsteher Dominiabesitzer oder Dominiabesitzer ist und am Wahlorte wohnt, findet die Wahl in den Dominiawirtschaftskanzleien statt.“
„Wo weder eine Dominiawirtschaftskanzlei noch eine Schule am Orte sich befindet, findet die Wahl in der Wohnung des Wahlvorstehers statt.“

Also in den Dominiawirtschaftskanzleien und in den Wohnungen der Wahlvorsteher soll gewählt werden. Bei der Abhängigkeit der Gutsarbeiter und deren Furcht vor den Gutsherrn und ihren Inspektoren müssen diese Räume als zu Wahlen völlig ungeeignet erklärt werden. Der Gutsarbeiter, der in der Dominiakanzlei oder in der Wohnung des Wahlvorstehers wählen muß, ist von vornherein bei der Wahl beeinflusst.

Dazu kommt noch die Person des Wahlvorstehers. Wer sind diese Herren? Nun, der Herr Landrat v. Tettenborn hat für die 89 Wahllokale im Kreis Neumarkt nicht weniger als 36 Rittergutsbesitzer und Großgrundbesitzer, 6 Rittergutsbesitzer, 8 Amtsdorfbesitzer, 2 Amtsräte, 2 Güterdirektoren und 16 Wirtschaftsinpektoren zu Wahlvorstehern ernannt. Der Landarbeiter kann sich also im Wahllokal, das dem „gnädigen“ Herrn gehört, nicht frei bewegen und wird von ihm während des ganzen Wahlablaufes genau beobachtet. Da hört die Wahl auf frei und geheim zu sein. Unser Partei-Sekretariat hat sich sofort mit einer Beschwerde an den Minister gewandt und um Abhilfe ersucht.

An die Reichstagswähler in Breslau-West

richtet sich ein freisinniges Flugblatt, das in den Weihnachtstagen verteilt wurde und für die Kandidatur des Herrn Heilberg eintritt. In den empfehlenden Worten für die eigene Partei ist das Blatt sehr wässerig und schwach, wie die ganze Volkspartei seit dem Bloß mit den Konservativen und dem Bruderbunde mit den National-Liberalen. Umso „stärker“ ist aber das von Herrn Karl Müller gezeichnete Blatt in seinen Angriffen auf die Gegner. Während bei Herrn Heilberg seine unbestrittene persönliche Bedeutung im kommunalen Leben hervorgehoben wird, heißt es wegwerfend über unsere Kandidatur:

„Und nun Herr Bernheim? Herr Bernheim ist der Vertreter einer Partei, die unser ganzes Staatswesen und unsere ganze Staatsordnung befechtigt wissen will, einer Partei, die

zu positiver Arbeit im Parlament untüchtig ist, einer Partei, auf die sich keine Regierung, auch die liberale nicht, stützen könnte, da sie grundsätzlich alle Mittel zur Führung der Geschäfte verweigert und laut Parteibeschluß jeden Reichstag alljährlich ablehnen muß.“

Der Verfasser des Flugblattes weiß, daß das nicht wahr ist, was er da schreibt. Die Sozialdemokratie ist zu positiver Arbeit unfähig, behauptet er, nachdem soeben durch die Stimmen der Sozialdemokratie die Elsaß-Lothringische Verfassung, das Feuerbestattungsgesetz in Preußen zustande gekommen ist, nachdem die Sozialdemokratie trotz mancher Bedenken dem Privatbeamtenengesetz und dem Hausarbeitsgesetz ihre Zustimmung gegeben, wie früher der russische Handelsvertrag, die Seemannsordnung und zahlreiche sozialpolitische Novellen mit ihren Stimmen gemacht wurden. Alles das muß der Schreiber wissen, er täuscht also seine Leser, wenn er das Gegenteil behauptet.

Die gänzlich neue Staatsordnung, die wir erstreben, soll als Schreckmittel herhalten. Schämt sich der Mann nicht vor den Veteranen seiner Partei, die im Jahre 1848 eine „gänzlich neue Staatsordnung“ an Stelle der alten feudalen herbeiführen wollten? Und was man jenen zum Ruhm anrechnet, das soll jezt als Schreckbild auf die Spitze wirken! Und wie steht es mit dem Budget? Würde die fortschrittliche Volkspartei einem von Sozialdemokratie aufgestellten Budget ihre Zustimmung geben? Sie würde das entkräftet von sich weisen. Bei uns aber gilt es als todeswürdiges Vergehen, wenn wir einem von unseren Gegnern nach ihrem Geschmack zurechtgemachten Budget die Stimme nicht geben. Als ob das nicht selbstverständlich wäre.

Das Flugblatt fährt fort:

„Der maßgebende Führer der sozialdemokratischen Partei, August Bebel, sagte: „Ich bin als Sozialdemokrat der Liebhaber der ganzen bürgerlichen Gesellschaft und werde es bleiben, so lange ich lebe.“ Die Sozialdemokratie ist eine einseitige Klassenpartei. Sie vertritt nur das Interesse der in der Partei organisierten Arbeiter. In jedem Arbeiter steht sie einen Feind, einen Ausbeuter. Ein friedliches Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit ist ihr verhasst; sie ist unablässig bemüht, Feindschaft und Erbitterung da zu säen, wo friedliche Verständigung und harmonisches Zusammenwirken die Regel sein soll: in Fabrik und Werkstatt. Sie kann darum als eine wirklich gezielte Vertretung auch der Arbeiterinteressen nicht angesehen werden.“

Hier lügt der Schreiber gegen seine eigenen Parteigenossen. Die freisinnigen Führer, Brauerdirektor Kieser, ferner Gothein, Peithoff, Raumann und andere, haben oft anerkannt, daß die Beschuldigung, der Sozialdemokratie sei friedliche Verständigung mit den Arbeitgebern verhasst, eine gewöhnliche Verleumdung ist. Ein paar Tausend Tarifverträge beweisen das Gegenteil, selbst dort, wo das kapitalistische Scharfmachertum, die Schwerindustrie sitzt, arbeiten die sogenannten sozialdemokratischen Gewerkschaften auf die friedlichen Tarifverträge hin. Der Freisinn selbst will mit diesen Behauptungen nichts weiter machen, als den Klasseninstinkt gewisser Arbeiter gegen die Arbeitnehmer und kann deshalb die bezüglichen Vorwürfe auf sich selbst beziehen.

Ebenso unzutreffend ist die Behauptung, die Sozialdemokratie vertritt nur das Interesse der in der Partei organisierten Arbeiter. Sollte der Herausgeber wirklich so unerfahren sein, daß er nicht weiß, wie oft die Sozialdemokratie die Interessen der bei ihr nicht organisierten Unterbeamten von Post und Eisenbahn, der Lehrer, der Landarbeiter, der Privatbeamten, der Handlungsgehilfen vertreten hat? Er weiß es natürlich sehr genau, und sucht nur das Wasser zu trüben.

Wenn Herr Müller keine besseren Argumente anzuführen hat, dann braucht kein einziger Wähler seine Stimme Herrn Heilberg zu geben. Dann kommt man auf den Gedanken, daß der Herr, der die sozialdemokratischen Arbeiter schon einmal mit einer „Herde“ verglich, die ganze Wählerschaft für eine Herde hält, die nicht prüfen kann, was ihr vorgelegt wird.

Wahlschwindel auf Postkarten.

Der Bund der Landwirte läßt sich die Wahl etwas kosten. Unter anderem verbreitet er Postkarten, die nach seiner Ansicht „Volkswirtschaftliche Wahrheiten“ beleuchten. Man bewundert dabei die hohe Kunst nicht der Bildermacher, wohl aber der bündlerischen Demagogen, die auf dem Raum einer Postkarte Lügen unterbringen, die eigentlich auf keine Kuhhaut gehen. Vor uns liegt z. B. eine Karte, die die „Steigerung der durchschnittlichen Korn- und Brotpreise sowie der durchschnittlichen Vieh- und Fleischpreise von 1891/95 bis 1906 in Berlin“ vor Augen führen soll. Dargestellt ist ein Bündel Weizen und das Brot, ein Ochs und ein Schwein, und Fleischstücke — und die Zahlen dazu besagen: in der genannten Zeit wurden teurer: Roggen um 14,6 Prozent, Roggenbrot um 18,8 Prozent, Weizen um 25,5 Prozent, Weizenbrot um 29,5 Prozent, Rinder um 21,7 Prozent, Rindfleisch um 27,3 Prozent, Schweine um 21,2 Prozent, Schweinefleisch um 25,5 Prozent. Der Kommentar dazu lautet:

Das umstehende Bild weist nach, daß die nicht zu leugnende Teuerung der wichtigsten Nahrungsmittel nicht auf die Landwirtschaft zurückzuführen ist. Die Produktionsfähigkeit der Landwirtschaft muß erhalten bleiben, sonst würden uns die Preise vom Ausland diktiert und noch höher werden.

Also: die Preise für Roggen und Weizen, für Rinder und Schweine sind scharf gestiegen seit 1906, seit Erhöhung der agrarischen Randzölle. Weil aber die Brot- und Fleischpreise noch um einige Prozent mehr gestiegen sind, leugnen die Wähler, daß die Teuerung auf die Landwirtschaft zurückzuführen ist. Auf die Landwirtschaft? Nein! Aber auf die Raffinerie einer Handvoll frecher Junker. Das Brot und Fleisch käufte im Preise gestiegen sind, aus Getreide und Vieh, stimmt, obgleich ganz genaue Zahlen sich dafür schwer beibringen lassen. Aber wen trifft die Schuld dafür? In erster Linie abermals die Junker und ihre politischen Knechte, und die nicht minder raffigierten kapitalistischen Großunternehmer.

Erliebs bewirkt die Absperrung des Marktes der Lebensmittel, durch Zölle, Einfuhrsteuern, Einfuhrverbote, daß dieser Markt um so leichter von den Ringen gewissenloser Händler beherrscht wird, die im Zwischenhandel das Regiment führen. Es ist z. B. eine bekannte Tatsache, daß sich in Berlin der Zwischenhandel mit Fleisch immer mehr in den Händen weniger Großschlächter zusammenfaßt, die den Landfleischern die Ware verteuern und ungeheure Gewinne einheimen. Zweitens haben die industriellen Kapitalisten ebenfalls 1906 ihren Schnitt gemacht: Maschinen, Geräte und andere Industrieprodukte sind teurer geworden. Das erhöht die Produktionskosten der Mühlen, der Bäder, der Fleischer. Drittens haben die Junker und ihre politischen Knechte dafür gesorgt, daß die sogenannten Verbrauchssteuern erhöht werden. Die Stempelsteuern erschweren und verteuern den Kredit, und diese Lasten werden mit einem Aufschlag auf die Konsumenten abgewälzt. Viertens erscheint als dritter im Bunde neben dem Junker und dem Großkapitalisten der Hausagrarier, dem diese beiden in die Hand arbeiten. Dem Bauer und dem Fleischer wird die Ladenmiete verteuert, und es zahlt der Konsument den Aufschlag. Fünftens tun die Junker alles, was sie können, um den Konsumvereinen, die am wirksamsten die Warenverteuerung im Zwischenhandel erschweren können, durch Umsatzsteuern ihre Wirken zu erschweren.

Folglich: nicht nur die Steigerung der Preise von Getreide und Vieh, sondern auch die darüber hinausgehende Steigerung

Aus aller Welt.

Die Massenvergiftung in Berlin. Die Massenvergiftung in dem Berliner städtischen Obdach in der Gröbelsstraße, über die wir in einem Teil unserer Anlage schon gestern kurz berichteten, die bereits den Tod von fünfzehn Personen zur Folge gehabt hat, ist anscheinend durch den Genuß verderblicher kauerischer hervorgerufen worden. Die Obdachlosen erhielten am Dienstag wie gewöhnlich im Mhl auf Wunsch Suppe und Brot unentgeltlich verabreicht, aber nichts anderes. Die ersten Besucher des Mhls kamen gestern schon um 4 Uhr nachmittags, und die Anzahl der schon in den ersten Nachmittagsstunden angelammelten Mhls war bedeutend. Etwa gegen 6 Uhr wurde durch einen Ausrufer dem Arzte des Mhls gemeldet, daß sich mehrere Personen in einem Saale krank fühlten. Im ganzen erkrankten über 20 Personen, von denen mehrere schon während des Transportes nach den Krankenhäusern starben. In allen Fällen wurde durch den ärztlichen Befund festgestellt, daß es sich um eine akute Fischvergiftung handelte. Die meisten der Kranken, die vernommen werden konnten, sagten aus, daß sie sich am Vormittag bei einem Händler Wädelinge gekauft und gegessen hätten. Andererseits wurde erzählt, daß einer der gestorbenen Mhls eine kleine Kiste mit Fischessen habe, die er an seine Schlafgenossen weiter verkauft habe.

Nach späterer Meldung beträgt die Gesamtzahl der Erkrankten 46; von diesen sind, wie amtlich gemeldet wird, 30 gestorben.

Zum Unglück im Kinematographentheater. Wie wir schon gestern berichteten, wurden durch einen an sich ganz geringfügigen Filmbrand in einem Kinematographentheater in der Frankfurter Allee 153 im Osten Berlins eine furchtbare Panik unter den Zuschauern — es waren zum Teil Kinder — hervorgerufen. In dem Gedränge, das bald in dem Zuschauerraum entstand, wurden zwei Kinder im Alter von sechs und zehn Jahren erdrückt, während sieben weitere Kinder im Alter von sieben bis fünfzehn Jahren und eine ältere Frau mehr oder weniger verletzt wurden. Die Frau mußte später nach dem

ten Kinder wurden von der Polizei beschlagnahmt. Tot sind: der sechsjährige Paul Benke, Sohn eines Arbeiters aus der Wädelstraße 57 in Krummelsburg und die zehn Jahre alte Margarete Mahan, Tochter eines Fabrikarbeiters aus der Petersburger Straße 5. Die vier weiteren Kinder, die in die Unfallstation zur Behandlung gebracht wurden, waren: Der sieben Jahre alte Sohn Erwin des Eisenbahnschaffners Gerlach aus der Warschauer Straße 84 (Kopfschüttelungen, Nasenbluten), die zehn Jahre alte Tochter Frieda des Arbeiters Gottschalk aus der Liebigstraße 23 (rechte Obersehenverletzung), der zwölf Jahre alte Sohn Rudolf des Arbeiters Köpcke aus der Liebigstraße 47 (Gesichtsverletzungen) und die fünfzehn Jahre alte Tochter Anna des Fuhrmanns Hoffmann aus der Müllendorffstraße Nr. 82 zu Lichterberg (schwerer Verrenkung). Diese vier Verletzten konnten nach der Behandlung auf der Unfallstation in die Wohnungen ihrer Eltern entlassen werden, da ihr Befinden nicht gefährlich ist. Außerdem kamen bei der Panik noch drei andere Kinder und eine ältere Frau zu Schaden, die in der Wohnung des Augenarztes Dr. Georg Tobias in der Frankfurter Allee 154 durch diesen Arzt und einen zufällig dort zum Besuch weilenden Arzt behandelt wurden. Auch die Samariter der Berliner Feuerwehr leisteten hier mit einem Sauerstoffapparat hilfreiche Dienste. Die drei Kinder und die Frau waren durch die Aufregung und erlittenen Verletzungen ohnmächtig geworden und erholten sich erst nach über einstündigen Bemühungen wieder. Die Frau hatte erheblichere Quetschungen davongetragen und mußte im Laufe des Abends nach dem Krankenhaus transportiert werden. Es handelt sich um die 48 Jahre alte Frau des Metallschleifers Grunow aus der Liebigstraße 9. Die drei Kinder konnten den Eltern übergeben werden, da sie anscheinend keine nachteiligen Verletzungen erlitten hatten. Die Wohnung des Augenarztes Dr. Tobias wurde förmlich besüßelt. Mehr als fünfzig Frauen führten hinein, um zu sehen, ob unter den in Behandlung befindlichen Kindern etwa eines ihrer Kinder sei. Auch in der Unfallstation in der Warschauerstraße spielten sich herzerregende Szenen ab. Die Eltern der beiden getöteten Kinder fielen in Schreidämpe und konnten erst nach vielen Bemühungen beruhigt werden. Das Kinematographentheater wurde von der Polizei sofort geschlossen.

Dieses furchtbare Unglück ist eine sehr ernste Warnung für Eltern, die leichtsinnigerweise ihre Kinder unbeaufsichtigt solche Schaustellungen besuchen lassen. Wie die Räte der Vermögenslosen ausweist, sind es ausschließlich Arbeiterkinder, die dem traurigen Ereignis zum Opfer fielen. Arbeiterfrauen, achtet deshalb

Weihnachtsstiftungen amerikanischer Millionäre. Die Geschenke, welche anlässlich des Weihnachtsestes durch reiche Amerikaner verschiedenen philantropischen Anstalten zugewiesen wurden, haben in diesem Jahre die Summe von mehr als 120 Millionen Mark erreicht. An der Spitze der Liste marschieren Andrew Carnegie mit 32 Millionen.

Der „große“ Carnegie hat es sehr auf verstanden, in verhältnismäßig kurzer Zeit aus etwa 20 000 Lohnsklaven, die er in seinen Stahlwerken und Bahnbetrieben beschäftigt, ein Kapital von 80 Millionen herauszuschinden. Seine Betriebe sind in Nordamerika als Sammelstellen für eben eingewanderte polnische, italienische und ungarische Lohnbrüder berichtigt, die dort infolge der sehr mangelhaften Schularbeitungen und der beispiellosen Ausbeutung fast immer ihre gesunden Glieder, sehr oft sogar ihr Leben lassen müssen. Wie viel erprobter Arbeiter-schweiß und Menschenblut mag wohl an diesen 80 Millionen kleben, die der „wachtätige“ Mann gespendet?

Hochwassernachrichten. Die Ruhr führt Hochwasser, ein weiteres Steigen ist zu erwarten. — Die Wass und ihre Nebenflüsse führen seit zwei Tagen Hochwasser. Das Wasser ist über zwei Meter gestiegen. In Lütich stehen alle Quais unter Wasser, ebenso in Namur. Viele Keller und Erdgeschosse in den umliegenden Dörfern stehen unter Wasser. Die Schifffahrt ist vollständig unterbrochen. — Der Rhein ist seit letzten Sonntag ganz außergewöhnlich und zwar um mehr als zwei Meter gestiegen wodurch der monatelange für die Schifffahrt äußerst ungünstige Tiefstand noch vor Jahres-schluss ein Ende erreicht hat. Die Rheinhöhe am Röhler Begel betrug heute 4,43 Meter. Die Schifffahrt hat in vollem Umfang wieder lebhaft eingesetzt. — Die Donau steigt wieder ununterbrochen. Von Donaueschingen bis Sigmaringen ließen viele Talstrecken unter Wasser. In verschiedenen Talorten mußte die Notflut benutzt werden, da der Regen ankam. Weitere Ueberschwemmungen sind zu erwarten.

Sturm und Unwetter. Aus vielen Landesteilen Frankreichs, namentlich den an der Nord- und Westküste gelegenen, kommen Stürme, Stürme, neue Stürme, Regengüsse und Schiffbrüche. An der Küste Bretagne rast ein furchtbarer Sturm, der viele Opfer auf der See gefordert hat. — Während der Feiertage herrschte in allen Teilen Englands heftiger Schneesturm. Am Finstermünzpass wurden durch Lawinenstürze die Straßen unpassierbar. In Princeton wurde die elektrische Leitungsnetzwerk und

von Brot- und Fleischpreisen ist verschuldet durch die niederträchtige Kaufpolitik, die von Junkern und Scholaren vor- geschrieben wird.

Von unergleichlicher Tummelreife ist die Behauptung, wenn die Agrarölle abgeschafft würden, würden uns die Preise vom Auslande diktiert und noch höher werden. Wen will man mit solchen lausiblen Lügen belügen? Das Ausland hat Weltmarktpreise, die Fälle beweisen, daß im Reichland die Preise um den Zollobtrag höher stehen.

Die Karte schließt mit dem Ausruf an die Wähler: „Wählt solche Männer, die für einen ungeschwächten und tüchtigen Zoll- und Grenzschutz eintreten.“

Süher geht's nimmer! Nachdem der Bund festgestellt, daß die wichtigsten Lebensmittel bis zu einem Viertel künstlich verteuert wurden, müdet er den Wähler zu — für eine weitere Verteuierung zu sorgen. Für wie bodenlos dumm halten doch die Junker das arbeitende Volk! Sie sollen am 12. Januar erfahren, daß sie sich irren.

*** Zur Nachahmung.** Dieser Verfassungsbestimmung will nun auch die medienburgische Regierung zum Durchbruch verhelfen. Die Regierung in Chemnitz hat über die Beschaffenheit der Wahlurnen folgendes verfügt:

„In Ansehung der Wahlurnen wird noch besonders darauf hingewiesen, daß hierzu nur solche genügend großen Gefäße zu verwenden sind, welche es gestatten, die Umschlüsse mit den Stimmzetteln durch den Spalt im Deckel des Behältnisses so einzurufen, daß ein Aufeinandersehen der Wahlumschlüsse unmöglich ist. Zuspenderinnen, Zuspenderöffnungen und dergleichen dürfen hiermit nicht zur Verwendung kommen.“

Wann bekommen wir einen solchen Erlaß?

*** Lohnerhöhung für Eisenbahner.** Vor einigen Monaten schon hieß es, die Eisenbahner hätten eine Lohnzulage bekommen; diese Nachricht war aber falsch. Jetzt wird folgendes gemeldet: „Die Eisenbahndirektion Breslau hat allen Hilfsbediensteten, Handwerkern und Arbeitern im Betriebs- und Bauunterhaltungsdienst sowie im Hauptwerkstätten- und Betriebswerkstättenamt ihres Bezirks (rund 18 000 Personen) rückwirkend vom 1. Dezember d. J. bezw. vom Beginn des laufenden Lohnungszeitraumes an eine allgemeine dauernde Lohnerhöhung gewährt.“ Hoffentlich werden die Eisenbahner diesmal nicht wieder enttäuscht.

*** Die Ausfuhr von Lokomotiven und Eisenbahnen.** Das Ausfuhrgeschäft der deutschen Lokomotiv- und Waggonbauanstalten hat sich in diesem Jahre sehr günstig entwickelt. Die Ausfuhr von Lokomotiven für Vollbahnen belief sich in den Monaten Januar bis Oktober 1911 auf 22,533 Doppelzimmer gegen 24,353 Doppelzimmer im Vorjahre. Der Wert der Ausfuhr liegt auf 24,67 auf 32,22 Millionen Mark. Kleine Lokomotiven für Nebbahnen usw. wurden 52,833 Doppelzimmer ausgeführt; das sind 18,04 Doppelzimmer mehr als im entsprechenden Zeitraum 1910. Dem Werte nach ergab sich eine Steigerung von 4,17 auf 5,3 Millionen Mark. Seit dem Jahre 1907 ist die Gesamtanzahl von Lokomotiven um 152,76 Doppelzimmer gestiegen. Die günstige Entwicklung des Ausfuhrgeschäftes im laufenden Jahre ist vorwiegend der Zunahme der Ausfuhr nach Argentinien, Bulgarien, Rumänien, Spanien, Japan und Brasilien zuzuschreiben. Die Lieferungen nach Spanien und Frankreich waren wesentlich geringer als im Vorjahre. Die Ausfuhr von Güterwagen ist in den ersten zehn Monaten 1911 von 43,452 auf 45,025 Stück gestiegen. Dem Werte nach ergibt sich eine Zunahme von 9,29 auf 11,55 Millionen Mark. Die Hauptabgabengebiete waren Bulgarien, Italien, Niederländisch-Indien, die Türkei und Argentinien. Personenwagen wurden 40 Stück ausgeführt gegen 340 Stück im Vorjahre. Die Ausfuhr von Güterwagen ist seit dem Jahre 1907 um 9389 Stück gestiegen, während die Ausfuhr von Personenwagen um 20 Stück zurückgegangen ist.

*** Der Herr im Hause!** Aus dem Kreise der Bauarbeiter wird uns geschrieben: „In der Pfaffenstraße wird zurzeit ein Neubau ausgeführt, deren Leitung dem Bauunternehmer Teichfeld übertragen wurde. Das Vorgehen dieses Unternehmers den Maurern und Bauarbeitern gegenüber verdient der öffentlichen Kritik übergeben zu werden. Vor wenigen Tagen wurde ein Arbeiter, der für die Maurer die Regeln bezuschusste, auf der Stelle entlassen, weil er nach Angabe Teichfelds nicht fleißig genug war. Als der Arbeiter im Verzweiflung war, nach der Baubehörde zu gehen, um seinen Nach zu holen, verbot ihm der Unternehmer die Besuche. Um sich nicht des Hausfriedensbruchs

schuldig zu machen, verließ er sofort die Baustelle und hatte einen Schuhmann, der dann die Herausgabe der Sachen des Arbeiters forderte. Zwei oder drei Tage später wurden die Kalklöcher beauftragt, in der Nacht einen Maqgon Kalk zu füllen, aber nicht zu dem Preise, den der Torist vorzuzahlte, sondern um 2 Mark billiger. Als sich aber die Kalklöcher mit Kalk auf den Torist stützten, hatte es der Unternehmer vorgezogen, das Kalklöcher zwei anderen Arbeitern zu übertragen. In wie weit die beiden Arbeiter für das Kalklöcher gelohnt wurden, entzieht sich unserer Kenntnis. Am Mittwoch mittags 11 Uhr hatte der Kalkträger von dem Unternehmer den Auftrag erhalten, Freitagabend zu bleiben, weil die Kalkträger den Befehl des Unternehmers nicht ausführen. Die Kalkträger haben den Transport des Mörtels im Korb übernommen. Die Maurer waren alle mit Kalk versehen; nur beim Maurermeister, der den ganzen Tag mitmauern muß, fehlte es an Mörtel, da die Träger anfänglich mit Zementtragen beschäftigt waren. Nun befehlt der Unternehmer, daß sich die Kalkträger noch einen Mann einstellen sollten, was aber die drei Kalkträger ablehnten. Nach unserer Ansicht wäre der Unternehmer in seinem Recht, wenn es hancend vorläge, daß die Maurer auf Material warten müßten. Aber soweit wie wir aus der Praxis heraus das Bauwerk kennen, kommt es auf jedem Bau vor, daß einmal hier oder da nicht gleich alles zur Stelle ist und wenn noch soviel Arbeitskräfte oder Maschinen vorhanden sind: denn schließlich spielt hierbei immer besondere Umstände eine Rolle. Soweit uns aber auch bekannt ist, werden Maurerpoliere zum Mauern nicht herangezogen, zumal es sich um einen Neubau handelt, wo über 30 Personen beschäftigt sind. Der Maurerpolier, der doch eine gewisse Verantwortung trägt, der hat den Tag über kein Augenmerk auf den ganzen Betrieb zu richten, damit kein Unglück vorkommt oder sich sonst was ereignet. Man kann sich wohl einen Begriff davon machen, wie die Treiberei hier vor sich geht, wenn 12 Maurer bei einer 7 händigen Arbeitszeit 11.000 Ziegeln verarbeiten. Die Maurer und Hilfsarbeiter werden sich gegen eine solche Behandlung kräftig zur Wehr setzen müssen und das auch unter allen Umständen tun.

*** Ein Maurerpolier, wie er nicht sein soll,** ist der Maurerpolier Karl Malinka, der am 2. Mai 1911 von einigen Zimmergehilfen in einer Baubude geprügelt wurde. Malinka, der sich, wie wir schon früher berichtet haben, bei den Zimmergehilfen durch sein herrisches Auftreten sehr unbeliebt gemacht hat, hielt den Zimmergehilfen auf dem Bau eines Tages vor, sie hätten Kober zu. Er (Malinka) würde schon dafür sorgen, daß sie dieses Holz nicht nach Hause bringen. Die Zimmergehilfen waren damit des Diebstahls verdächtig. Das wollten sie sich nicht gefallen lassen. Sie gingen zu Malinka in die Baubude und fragten ihn, ob er die Verdächtigung zurücknehmen wolle. Er lehnte das ab, forderte die Gehilfen auf, den Gehäuftraum zu verlassen und schlug nach einem von ihnen mit einer Keilmann, die er gerade in der Hand hielt. Da sich den Beteiligten die Geduld und Malinka bekam eine Tracht Prügel. Er ließ sich verständlich zum Staatsanwalt. Es dauerte nicht lange, da hatten die Gehilfen eine Anzeige wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung und Hausfriedensbruch, und dieser Lage haben sie vor dem Breslauer Schöffengericht. Der Staatsanwalt beantragte hohe Strafen. Das Gericht sprach nach längerem Verhör zwei Gehilfen von der Anzeige der Körperverletzung frei; gegen den dritten wurde auf 3 Mark Geldstrafe erkannt. Der „Hauptverdächtige“ erhielt vier Wochen Gefängnis, der fünfte Angeklagte eine Woche Gefängnis. Der Vorliegende hob in der Urteilsbegründung hervor, die Angeklagten hätten sich wohl schuldig gemacht; es sei ihnen aber als mildernd anzurechnen, daß sie durch das Verhalten Malinkas sehr aufgeregt waren und dieser überhaupt die Ursache des Streites gewesen sei.

*** Zur Einrichtung von Krankenanstalten.** Die Medizinaldirektion des Ministeriums des Innern hat jetzt allgemeinen Wäntchen, die besonders nachdrücklich von der sozialdemokratischen Landtagsfraktion vertreten wurden, Rechnung getragen und eine Neuordnung für die Einrichtung von Kranken-, Heil-, Pflege- und Entbindungsanstalten erlassen. Diese Vorschriften sollen den Genehmigungen von Neu- und Umbau zugrunde gelegt werden. Danach muß die Krankenanzahl frei und entfernt von solchen Parteien liegen, die den Zweck der Anstalt beeinträchtigen. Der Hauptplatz muß 15 Quadratmeter für das Bett betragen. Die Frontwände müssen von anderen Gebäuden 20 Meter, die übrigen 10 Meter entfernt sein. Tür und Gänge müssen mindestens 1,80 Meter breit, gut belichtet, luftig und heizbar sein. Gänge, an denen Krankenzimmer liegen, dürfen nur zur Hälfte mit Nebenräumen auf der anderen Seite belegt werden. Krankenzimmer, die das Tageslicht nur von der einen Seite erhalten, dürfen nicht nach Norden liegen. Bettlägerige Kranke müssen in mehrstöckigen Zimmern einen Luftstrom von mindestens 30 Kubikmeter, in einstöckigen Zimmern 20 Kubikmeter haben. Für das Bett müssen täglich 200 Liter einwandfreies Wasser geliefert werden können. Nebenräume müssen Einrichtungen für Rollstühle vorhanden sein. Diese Bedingungen sind jedoch nicht maßgebend für Anstalten, die dem Aufenthalt von Geisteskranken dienen.

*** Entsetzliche Katastrophe in einer Irrenanstalt.** Ein furchtbares Unglück hat sich in der Irrenanstalt von Macerata in Italien ereignet. Infolge des starken Sturmes wurden mehrere Telegraphenmasten umgeworfen und die elektrischen Drähte fielen in den Garten der Irrenanstalt, wo drei Wahnsinnige sich sofort auf die Drähte stürzten und bei Verhinderung durch den elektrischen Strom auf der Stelle getötet worden sind. Drei andere Geistes Kranke eilten hinzu und fanden ebenfalls den Tod. Der Direktor der Irrenanstalt, welcher alle fünf Kranke an der Erde liegen sah, glaubte, sie wären in einer Bräule begriffen. Er ging, um sie zu trennen, wurde aber ebenfalls durch den Strom getötet. Außerdem haben zwei Kranke an der schweren Brandwunden darobgetragen. Der entsetzliche Vorgang spielte sich in wenigen Minuten ab.

*** Die Entführung eines dreizehnjährigen Mädchens** beschäftigt zurzeit auch die Berliner Kriminalbehörden. Es handelt sich um ein Mädchen namens Elisabeth Bachhaus aus Straßburg, mit dem der 36 Jahre alte Hilfsarbeiter Heinrich Jakob von dort verschwand. Die Spur der glücklichen führt nach Berlin. Jakob ist 1,72 bis 1,73 Meter groß und hat einen blonden Schmarbart.

*** Familientragödie am Weihnachtsheiligabend.** In der Schulstraße 68 in Berlin hat sich am Weihnachtsheiligabend eine erschütternde Familientragödie abgepielt. Infolge beständiger Ehezwistigkeiten nahm sich dort die 23 Jahre alte Frau des Porzellanmalers Brandt das Leben. Ihre Mama hatte sich dem Trau ergeben und sorgte nicht genügend für Frau und Kinder, obwohl er ein gutes Einkommen hatte. Wenn ihm seine Frau Vorwürfe machte, unthörichte er sie so schwer, daß sie laut um Hilfe rief. Ein mühsam die Hausgenossen zu ihrem Schutze eingreifen. Allmählich geriet die Frau in Verzweiflung. Nachdem ihr Mann am heiligen Abend mit dem ältesten Sohn, einem Knaben von sieben Jahren, nach dem Krankenhaus gegangen war, um seinen Bruder zu besuchen, brachte sie die drei jüngeren Kinder nach einem Forderzimmer, schloß sie dort ein und vergiftete sich dann in der Küche mit Phenylgas. Bei der Rückkehr ihres Mannes war sie bereits tot.

*** Mord in einem Dorfstrait.** In Schnappach (Schwaben) passierte während der Feiertage eine Revoltergesellschaft. Einem Zuhauer, dem Glöckler Wilhelm Bell, geschah ein Couplet nicht, das der Komiker Gröschel vorzutrug. Er veranlaßte, daß ein anderes Couplet gesungen wurde. Als Gröschel darauf nicht einging, zog Bell einen Revolver und gab acht Schüsse auf die Komikergröschel ab. Der Komiker Gröschel wurde durch einen Schuß in den Brust verletzt. Gröschel wurde in die Klinik gebracht. Die Ärzte hoffen, daß er sich erholen wird.

glieder wurden schwer verletzt. Der Täter, der vollkommen nüchtern und bei Sinnen war, wurde verhaftet.

*** In dem Untergang des Dampfers „Chios“.** Gegenüber dem Seelegnamn, wonach am Donnerstag der deutsche Dampfer „Chios“ im Hafen von Sicca untergegangen ist, teilt die deutsche Seemannschaft mit: Es ist noch unklar, ob es sich in diesem Falle um einen durchaus noch nicht als überflüssig zu betrachtenden Dampfer „Chios“ handelt. Der Zufall will es, daß mit dem Hamburger Dampfer „Chios“ ein griechischer Dampfer gleichen Namens auf der Fahrt sich befindet, der sich am 21. Dezember ungefähr auf der gleichen Position befand, wie dieser.

*** Schredlicher Selbstmord.** Nach einem Streit mit ihrem Gatten begab sich in Köln eine Frau mit Petroleum und Zündholz an. Die Frau wurde, mit schweren Brandwunden bedeckt, tödlich verletzt ins Krankenhaus gebracht.

*** Im Streite Ertrinken.** Der Arbeiter Johann Rohn wurde in einem Ertrinken durch einen Sturz in die Herzogend tödlich verletzt.

*** Solarmittlere Zöllner-Explosion.** Auf der Grube Marie bei Deuben erfolgte in der Schmelzerei eine Zöllnerexplosion, da die wurde der Arbeiter Dose und zwei Arbeiter lebensgefährlich verletzt.

*** Gassenreinigung.** Die beiden 10 und 12 Jahre alten Knaben des Fabrikanten Poubon in Duisburg wurden tot im Bett aufgefunden. Sie waren infolge Einatmens von Gas, das einer nicht geschlossenen Leitung entsprang und das Schlafzimmer schrecklich ganz anfüllte, erstickt.

*** Zugenleistung am Bodensee.** Bei Arbon am Bodensee des Bodensees hat sich ein Eisenbahnunfall zugetragen. Dort entgleiste ein Schnellzug nach Zürich. Die Lokomotive, der Postwagen und zwei Personenwagen sprangen aus den Schienen. Trotz der Fahrgeschwindigkeit von 60 Kilometern entstand kein größeres Unglück. Es wurde niemand verletzt.

*** Mordverbrechen.** Ein Mordverbrechen wurde in Rigor auf einem abgelegenen Bauernhof verübt. Der Täter, ein Schneidermeister Scholz, setzte auf das Mädchen einige Revolverkugeln ab und verletzte es schwer; nachdem er es auch noch zu erürgen versucht hatte, flüchtete er. Scholz konnte bisher nicht ermittelt werden. Neben die Ursache des Mordverbrechens steht Mörder noch nicht fest.

*** Entsetzlicher Tod.** Die bei dem Bau der Dronthal-Brücke ermordeten Zimmerer wurden von der hochgeschwindigkeit der Dronze fortgerissen. Beim Eingange des dort errichteten großen Innens geriet ein Junge in das Nennennetz einer elektrischen Maschine und wurde tödlich verletzt.

*** Holzgel und Spitzbube.** Von einem Leser wird uns geschrieben: Sonntag in der Mittagsstunde zwischen 12 und 1 Uhr laufe ich einen Christbaum. Gestern über den schon gewachsenen Baum lehre ich in einer Kneipe auf der Dhlauerstraße unweit der Poststraße ein und stelle die Lampe in den Gassentür. Nach einigen Sekunden will ich nachsehen, ob der Baum auch noch da steht, und richtig war er verschwunden. Ich renne vor die Tür und sehe meinen Christbaum mit dem Spitzbuben gerade um die Ecke der Poststraße verschwinden. Als ich den Kerl „pade“, meint er in rechter Spitzbubenreue, er wollte den Baum bloß zuhause tragen. Natürlich rufe ich nach dem 10 Schritt entfernten Schuhmann, der zögernd herankommt. Trotzdem er auf den ersten Blick merkt, was los ist, klappt er an, umständlich zu fragen und schreibt dann den Dieb auf, werden Sie folgerichtig annehmen. Doch weit gefehlt. Hier handelt es sich um keinen roten Kranzträger, sondern um einen vielleicht gewerkschaftlichen Christbaum- und Fahrradmacher. Wann fragt mich der Schuhmann, was er machen soll, und zieht langsam sein Notizbuch. Jetzt gibt der Spitzbube gute Worte und mir kommt der Gedanke, daß es doch ein unbehagliches Gefühl wäre, beim Lichterschein ein einige Wochen Gefängnis erdulden zu werden. Ich lasse also den Mann laufen, er seinem Pleursieren nach sicher nicht aus Not gehandelt hat. Langsam begibt sich der Schuhmann wieder auf seinen Posten, um weiter auf Ordnung zu halten.

*** Vierzig Jahre Nihil für Obdachlose.** Der Breslauer Nihilverein für Obdachlose, Börsenstraße 52, besteht jetzt vierzig Jahre. Während dieser Zeit hat der gemeinnützige Verein 298.875 Armen, meistens Frauen und Kindern, unentgeltlich Obdach geboten. Diese Zahl zeigt deutlich, wie groß das Elend im Breslau ist. In der Westküste des Nihilvereins sind seit dem Jahre 1878 in den Wintermonaten etwa 21 Millionen Portionen Essen an Notleidende verteilt worden. Arme Schulkinder bekamen im Winter warmes Frühstück und Mittagessen. Das Nihil des Vereins, der am 13. Dezember 1871 gegründet wurde, war zuerst auf der Postgasse in der Klementinerne untergebracht, ein Jahr später in der Valkauskaierne auf derselben Straße. Noch im Jahre 1872 siedelte das Nihil auf das Grundstück Postgasse 52 über. Der Nihilverein zählt jetzt 679 Mitglieder; Vorsitzender ist Stadtrat Müller.

*** Patentschriften-Sammlung.** Die bisher in der Stadtbibliothek aufbewahrte Sammlung aller Patentschriften des Deutschen Reiches ist jetzt in der Adolfsplatz 1 untergebracht. Die Patentschriften können dort im oberen Saale an den Wochentagen von 10 bis 2 Uhr und von 6 bis 10 Uhr von je einem benützt und von 10 bis 2 Uhr auch ins Haus gegen Ausweis und Luittung verliehen werden. In demselben Saale liegen über hunderte wertvolle technische Zeitschriften, das Patentblatt und das Warenzeichnungsblatt aus.

*** Gebührentreue Arbeiter-Legitimationskarten.** Der Polizeipräsident macht darauf aufmerksam, daß die Arbeiter-Legitimationskarten der dem Nihilverein nicht unterliegenden, im Inlande verbliebenen Ausländer nur dann gebührentreue erneuert werden, wenn die Anträge auf kostenfreie Erneuerung bei den Polizeibehörden (hier auch bei den Polizeikommissaren) spätestens bis zum 31. Januar jeden Jahres gestellt werden: ist diese Frist verstrichen, so ist für die Erneuerung der Karten die Gebühr von 2 Mark zu zahlen.

*** Aktion! Gefellenauschüsse Breslaus.** Nach § 6 der Wahlordnung für die Handwerkskammer zu Breslau und ihren Gefellenauschüssen liegen die Listen der wahlberechtigten Innungen und der einzelnen Gefellenauschüsse in der Zeit vom 2. bis 8. Januar 1912 im Magistratsbureau X Schulstraße 74 a, III, wochentags von 8 bis 6 Uhr zur Einsicht öffentlich aus. Es ist die dringende Pflicht der Innungen, die diese Listen noch in den alten Innungen bestehenden oder erst neu gewählten Mitglieder jeder Innung, sich persönlich von der Richtigkeit der Liste und der vollen Eintragung des jeweiligen Gefellenauschusses zu überzeugen. Einmalige Beschwerden sind sofort mündlich oder schriftlich an die Handwerkskammer, Blumenstraße 8, II, zu senden. Neue Adressen der Gefellenauschüsse sind dem Innung bald mitzuteilen. J. H.: Albert Wache, Tapezierer, Vorsitzender des Vereins der Gefellenauschüsse, Briggental 27, part.

*** Sängervereinigung „Nihilator“.** Die von der freien Sängervereinigung „Nihilator“ am ersten Weihnachtstage veranstaltete Morgenunterhaltung verlief sehr erfolgreich. In Chorgesängen wurde wirklich Gutes geboten. Aber auch die anderen Darbietungen fanden großen Beifall. Besonders müssen das Vortragen, die Rezitationen des Herrn Scholz und die heiteren Vorträge hervorgehoben werden. Sehr bedauerlich war der Ausfall des Kinderchors. Man sagt, daß einige Lehrer den traurigen Ruhm für sich in Anspruch nehmen können, diesen Teil des Programms vereitelt zu haben. Dafür wurden die Zuhörer durch andere Einlagen reichlich entschädigt. Leider war die Veranstaltung nur von etwa 400 Personen besucht, was im Interesse des guten Zwecks sehr zu bedauern war.

*** Opfer der Berge.** Drei Münchener Touristen, der bekannte Billard-Fabrikant Dorfelder, der Messerschmied Simon und der Ingenieur Rednael, sämtlich erprobte Touristen, die bereits jeder schon manche schwierige Erstbesteigung und manche gefährliche Tour hinter sich haben, und die während der Weihnachtseiertage einen Aufstieg auf das Kollerjoch bei Schwaz in Tirol machten, werden seitdem vermisst und konnten trotz eifrigen Suchens dreier Rettungskolonnen, die nach den Vermissten ausgesandt worden waren, bisher auch noch nicht aufgefunden werden. Eine Schwazer Expedition will auf ihre Fährte gekommen sein, glaubt aber, die drei Bergsteiger nicht mehr lebend anzutreffen. Man vermutet, daß der Tod alle drei bereits ereilt hat.

*** Vier junge Leute, welche den Abstieg von der Jungfrau auf Schneeschuhen unternommen hatten, wurden von einer gewaltigen Schneelawine überrascht. Drei von ihnen konnten nur als Leichen geborgen werden. Sie waren von den gewaltigen Schneemassen erdrückt und erstickt worden; der vierte konnte ganz erschöpft und sehr schwer verletzt gerettet werden. Man hofft, ihn am Leben erhalten zu können.**

*** Von der Lawine verdrängt.** Im Gopatsch-Tale wurden vier beim Bau eines Schutthauses der Sektion Frankfurt beschäftigte Arbeiter samt einem Maurer von einer Lawine mit fortgerissen und verdrängt. Sie wurden später zum Teil schwer verletzt gefunden.

*** Jagdausrufer und Wilderer.** Bei Dingperlo, an der preussisch-holländischen Grenze, überraschte der Jagdausrufer Kapper von Wilderer, die sich mit einigen erbeuteten Hasen von holländischem auf preussisches Gebiet flüchteten und dann auf Kappers schossen und ihn verwundeten. Ein preussischer Grenzbeamter, durch den Knall der Schüsse angelockt, wollte die Wilderer verhaften, wurde aber selbst schwer mißhandelt. Später wurde einer der Wilderer, ein Holländer, festgenommen und nach Bocholt gebracht.

*** Verwegener Einbruch.** Dem „Main“ zufolge wurde in Monte Carlo ein außerordentlich verwegener Einbruchsdiebstahl in die Villa der Frau Fanny Liona verübt. Als diese die Villa nur auf eine halbe Stunde verlassen hatte, schlichen sich drei Einbrecher ein und raubten in dieser kurzen Zeit die ganze Villa aus, wobei ihnen Wertgegenstände von ungefähiger halben Million Francs in die Hände fielen. Als die Besitzerin, Frau Liona, kurze Zeit darauf zurückkehrte, waren sämtliche Behälter erschrocken und die Villa vollständig ausgeraubt.

Kinder-Vorstellungen

finden am Sonntag, den 31. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Stadttheater und Schauspielhaus statt. Für die organisierte Arbeiterschaft sind Billets von heute an in der „Volksmacht“ zu haben und zwar für die Vorführung von

„Hänsel und Gretel“, im Schauspielhaus, zum Preise von 80 Pfg. (Partett) und 1 Mark (Loge).

Für die Aufführung von „Prinzessin Lausensöhn“ im Stadt-Theater zum Preise von 1 Mark (Loge und Partett).

Wie bitten die Genossen, sich die Billets gegen Vorzeigung der Mitgliedsbücher in unserer Expedition abzuholen.

In freien Stunden. Die heutige Nummer der „Volksmacht“ enthält eine Beilage der Unterhaltungszeitschrift „In freien Stunden“, auf die wir hiermit besonders hinweisen.

Der Jehuhr-Ladenschink gilt für die beiden letzten Werkstage im Jahre: Freitag, den 29. Dezember, und Sonnabend, den 30. Dezember. Wir erluchen unsere Leser, auch an diesen Tagen ihre Einkäufe vor 8 Uhr abends zu besorgen.

Vortrags-Abend. Der beliebte Schauspieler Robert Müller, der jahrelang an den Vereinigten Theatern in Breslau wirkte und jetzt in Berlin tätig ist, veranstaltet am 4. Januar abends 8 Uhr im Kammermusikale des Konzerthauses einen Vortragsabend. Herr Müller hat für seinen Vortragsabend Dichtungen von Schiller, Goethe, Heine, Ibsen, Schnitzler, Carotat, Stucken, Oskar Wilde und César Flaischlen ausgewählt.

Der unheimliche Hotelgast, der, wie berichtet, Mittwoch früh im Hotel „Stadt Frankfurt“ (Stadt Brandenburger) am Berlinerplatz in einem Revolver geschossen hat und am Mittwoch abend noch immer vernehmungsunfähig. Der anscheinend geisteskrante Mann ist an den Reimen und Armen verlegt worden.

Das im ersten Stock gelegene Zimmer, in dem der unheimliche Gast wohnte, gleicht einem Trümmerhaufen. In wildem Durcheinander liegen Teile der Bettstelle und sonstige zerfallene Möbelstücke usw. am Boden. Überall an den Wänden und an den Türen und Fenstern sieht man die Spuren des Kampfes. Namentlich an der Bettstelle kann man deutlich die Löcher sehen, durch die die 6 Millimeter-Kugeln der Schussleute hindurchschossen. Auch die Matratze und das im Zimmer lebende Sofa ist stark von Kugeln durchbohrt. Der Teppich, der am Boden liegt, ist mit Blut bedeckt. Auf der Treppe steht die von der Polizei herausgehobene Zimmertür; die Scheiben sind herausgeschossen. Der Hotelwirtin rief der lebende Gast zu: „Hören Sie Ihren Ehrentum vom Finger, kann tue ich Ihnen nichts.“ Die Schussleute schrie er an: „Ihr verfluchten deutschen Hunde, Ihr müßt fallen.“ Gewöhnt sei noch, daß auch der obere Teil des Halses stark bedingt ist, weil der rasende Mann durch das Abzugsrohr auf das Dach klauern wollte. Fast als ein Wunder muß es bezeichnet werden, daß bei dem aufregenden Kampfe, der einem Salbenerer gleich, niemand ums Leben gekommen ist.

Der an der Staujule verunglückte Student, der bekanntlich noch in der Unschuldnacht zum 17. Dezember in die Chirurgische Klinik auf der Tiergartenstraße eingeliefert wurde und dort mehrere Tage verhilflos lag, ist dort noch immer in ärztlicher Behandlung. Sein Zustand hat sich nur wenig gebessert; das Bewußtsein ist wohl vorhanden, aber die Sprachfähigkeit hat sich noch nicht eingestellt.

Schaukastenbruch. In einer der letzten Nächte wurde am Matthiasplatz ein Schaukasten erbrochen; es sind daraus eine Barchentumierhose, eine dunkle Herrenhose, eine braun-gestrichelte Herrenjacke und eine blaue gewirkte Herrenjacke gestohlen worden.

Taschendiebstahl im Warenhaus. In einem Warenhaus auf dem Ringe wurde am 20. Dezember einem Fräulein ein Portemonnaie mit Geld, Brief- und Konsummarken aus der Handtasche gestohlen. — In demselben Warenhaus wurde am gleichen Tage einer Frau ein rotes Tuchentleerportemonnaie mit Geld aus der Handtasche entwendet.

Verhaftet wurde am 27. Dezember in Breslau der 20-jährige Schreiber Wilhelm Klose. Er hatte vor einigen Tagen einem Rechtsanwalt in Dresden 600 Mark gestohlen und war damit nach Breslau geflüchtet, ist hier aber bald nach seiner Ankunft festgenommen worden.

Jugelaufen ist dem Arbeiter Paul Lindner in Ostwig am 27. Dezember nachmittags ein braun und weißgefleckter Jagdhund. Der Besitz wird erlucht, den Hund gegen Erstattung der Unkosten abzuholen.

Gefunden wurden drei Portemonnaies mit Inhalt, zwanzig Stück Reichsmarken, eine silberne Herrenuhr mit Kette, ein Vincenz, eine Kopfbedeckung für Geistliche, eine Bluse, drei Damenhandtaschen mit Inhalt, ein Fernglas, ein Papierbeutel mit Inhalt, ein Kinderwagen, ein Paket enthaltend Fahrradpfeifen, ein Buch und ein Behälter. Zu erfragen im Polizeipräsidium.

Gestohlen wurden nachts aus einem Kohlenhofe an der Verlängerter Dopperauerstraße etwa fünf Zentner Kohlenbriketts.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Mysłowitz, 28. Dezember. Aus dem Sumpf des Klosterlebens. Die Anlagenschrift zum Masochprozeß liegt bereits vor. Zur Verantwortung gezogen werden: die Klostergeistlichen 1. Damasius Mazoch wegen Er-

Am Neujahrstage

abends 6 Uhr

findet im Gewerkschaftshaus

eine Wähler-Versammlung

statt, auf welche heute schon hingewiesen wird.



erbung seines Stiefbruders, Fällung einer Trauungsurkunde, eines Pflanzstempels, wegen Diebstahls von 2000 Rubel aus dem Klosterkassenschatz und 5000 Rubel aus dem Nachlaß des verstorbenen Klostergeistlichen Pawelitzki. 2. Jsidor Storaawski: wegen Geheimhaltung der Masochschen Mordtat, wegen Begünstigung der Flucht Masochs und seines Dieners Jolaga, wegen Geheimhaltung des Ausenhaltes beider. 3. Wastus Olesinski wegen Diebstahls, verliert am Klostervermögen und an dem Nachlaß des Geistlichen Pawelitzki. 4. Die verwitwete Helene Mazoch, wegen Verbergung des Domasius Masoch, wegen Anziehung gefahrdrohender Güter, wegen Gebrauchs gefälschter Dokumente. Außerdem sind angeklagt zwei Kutscher und zwei ehemalige Klosterdiener wegen Beihilfe zum Mord, Unterlassung fälliger Schlüssel usw. Als Zeugen sind 88 Personen geladen. Die Hauptverhandlung beginnt Mitte Januar.

Neueste Nachrichten.

Russische Ehrenrechtsjustiz.

Warschau, 28. Dezember. In dem großen Sozialistenprozeß wurde gestern das Urteil gesprochen. Zwicundbreißig Angeklagte wurden zu langjähriger Zwangsarbeit, fünf und zwanzig zu mehrjährigem Aufenthalt in der Arrestantenkompanie verurteilt und zwanzig der Angeklagten wurden freigesprochen.

Die Massenvergiftung in Berlin.

Berlin, 28. Dezember. Um 1 Uhr nachts waren von siebzehn Altkisten Erkrankungen befallen, von denen 36 gestorben sind.

Die Ursache der Erkrankungen im städtischen Asyl war bis in die Nachstunden nicht einwandfrei aufgeklärt. Die Nachforschungen wurden dadurch erschwert, daß die Mehrzahl der Verstorbenen die Anamnese geben könnten bereits verstorben ist, und die in den Krankenzimmern liegenden Altkisten sich im hohen Fieberstadium befinden. Eine große Wahrscheinlichkeit dürfte es für sich haben, daß mehrere Altkisten die Zentralmarkthalle aufgesucht hätten, um sich dort vom Fleischhauern verarbeitete Büchlinge, die von der Wächterin zur Befestigung bestimmt waren, anzueignen. Die Obdachlosen begaben sich dann in die Schankwirtschaften in der Gegend des Hubs und verkauften ihren Lebenserlöses für einen Schnaps oder dergleichen Fische, die dann wieder mit anderen Kollegen geteilt wurden.

Berlin, 29. Dezember. Die Epidemie greift immer weiter um sich. Bis jetzt sind 50 Personen gestorben, weitere hundert erkrankt, die Erkrankungen nehmen einen rapiden Verlauf. Der Tod tritt in wenigen Minuten ein, die Bevölkerung Berlins ist dadurch stark beunruhigt. Man glaubt an keine Schwerevergiftung, sondern man vermutet eine Epidemie, die Erkrankungen beschränken sich nicht auf das Asyl, sondern sie greifen auch auf die benachbarten Plätze und Straßen über.

Mädchenhändler verhaftet.

Saarbrücken, 28. Dezember. Auf Anordnung der Landauer Kriminal-Polizei wurde gestern auf dem hiesigen Bahnhof, in dem Moment, als er einen nach Paris weiterdampfen wollte, ein Mann verhaftet, der mit vier sechszehnjährigen Mädchen soeben im Begriffe stand, den Zug zu besteigen, der über die Grenze nach Frankreich fährt. Es handelte sich bei dem von den jungen Mädchen beileiteten unbekanntem Manne um einen berühmten Mädchenhändler, der für sich und seine Opfer bereits Jahrtausende nach Paris gelöt hat. Die Polizei scheint nicht nur einem der geriebensten Mädchenhändler dingest gemacht zu haben, sondern scheint auch auf die Spur eines deutsch-französischen Bureaus gekommen zu sein, das den Mädchenhandel im Großen betreibt.

In der Kirche.

Salzach, 28. Dezember. In der Kirche zu Gorica kam es zwischen dem Bauern Franz Jarn und dem Gutbesitzer Mele zu einem heftigen Streit, der bald in wilde Tätlichkeiten ausartete. Mele zog im Verlaufe der Schlägerei sein Messer und verletzte seinem Gegner einen tiefen Stich in den Unterleib, so daß dieser sofort blutüberströmt zusammenbrach. Während des wilden Kampfes der beiden Gegner entstand in der Kirche unter den übrigen Besuchern des Gottesdienstes eine Panik, die trotz des Eingreifens der Geistlichen immer juchtharer wurde. Mele schloß schließlich aus der Kirche in sein Haus, wo er sich einschloß. Das verriegelte Haus wurde nun von beiden Brüdern des Getöteten belagert, die schließlich, als Mele nicht herauskommen wollte, die Tür einzubrüchen versuchten. Mählich stürzte Mele aus der Tür heraus und bearbeitete die

beiden Brüder derart mit Messerstichen, daß sie beide nach kurzer Zeit ihren Geist aufgaben. Mele wurde verhaftet. Auch der in der Kirche gestochene Franz Jarn ist so schwer verletzt, daß er bald sterben dürfte.

Neue deutsch-französische Differenzen.

Paris, 28. Dezember. Um das Besitzrecht an den Inseln im Kongo-Flusse, die in dem Deutschland zugesprochenen Schlußstelle liegen, hat sich in der französischen Presse in den letzten Tagen eine heftige Erörterung entsponnen. Die „Temps“ kommt jetzt auf die Frage nochmals zurück und hält es für wünschenswert, daß Deutschland so rasch wie möglich im diplomatischen Wege erkläre, ob es auf die Inseln gegenüber dem ihm zugesprochenen Westküste Anspruch erhebe oder ob es, um unerwartete Komplikationen zu vermeiden, sich mit dem internationalen Rechte zu begnügen vorzieht. Zugleich rät das Blatt der Regierung, die praktische Nutzenwendung aus dem deutsch-französischen Marokko- und Kongo-Abkommen im Hinblick auf die noch zu erwartenden Verhandlungen des Senates möglichst bald zu ziehen, indem es schreibt: Da es nunmehr gewiß ist, daß die Ratifizierung des Abkommens im zwei Monate verzögert wird, muß die Regierung unverweilt die Erörterungen des französischen Protektorates in Marokko in Angriff nehmen, denn gerade diejenigen, die an der Verzögerung schuld sind, würden der Regierung späterhin aus diesem Ausschube einen schweren Vorwurf machen.

Aus dem unruhigen Osten.

London, 28. Dezember. Die Shanghaier Friedens-Konferenz kehrt zu ihrem ursprünglichen Programm zurück und verlangt vom Throne die Einberufung einer repräsentativen National-Versammlung zur Entscheidung über die künftige Regierungsform. Jüanhschait teilte in einem Telegramm an Langschaoji mit, daß er im Prinzip diese Forderung gewähre; er will aber dann auch, daß die Versammlung auch wirklich repräsentativ ist und daß das ganze Volk gefragt wird. Die Vorbereitungen hierzu dürften dann mindestens mehrere Monate dauern. Langschaoji wurde instruiert, mit Zustimmung und seinen andern Anhängern den Plan für die Wahlen zu erörtern. Sollte der Vorschlag Jüanhschait's angenommen werden, so muß der Plan dem Kabinette vorgelegt werden, um die kaiserliche Genehmigung zu erhalten. Dann würde auch voraussichtlich für einige Monate Ruhe eintreten.

Die Russen in Persien.

Petersburg, 28. Dezember. Rußland entsandte zwei Truppenabteilungen nach Persien. Die eine Abteilung soll die anarchischen Elemente in Täbris bestrafen, die zweite soll Ruhe und Ordnung in Rescht und Erzeli herstellen. Die Leiter der beiden Expeditionen besitzen die weitgehenden und größten Vollmachten. Besonders gegen die „Muirührer und Beher“ im Täbriser Aufstande hier sollen alle durch Selbstgericht als schuldig befundenen Perser, wie auch die schuldigen russischen Untertanen, darunter speziell Flüchtlinge aus dem Kaukasus, verurteilt werden, gehängt werden. Die beiden Truppenabteilungen werden übermorgen in Täbris vollständig konzentriert sein.

Angehaltene Aeroplane.

Turin, 28. Dezember. Die vor kurzem mit einem rumänischen Taupfer in Alexandria angekommenen von der Türkei engagierten russischen Flieger, die sich nach dem türkisch-italienischen Kriegsschauplatz begeben wollten, sind von der ägyptischen Regierung an der Weiterreise verhindert worden, weil nach ihrer Meinung Aeroplane als Kriegsmaterial betrachtet werden müssen und damit ihr Transport durch das ägyptische Gebiet also verboten ist. Da die Türken infolge dessen die mit den Fliegern abgemachten und in Ägypten zahlbaren Annehmungen verweigerten, haben die Flieger die Türkei verklagt.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Donnerstag, den 28. Dezember: **Verband der Zimmerer.** Mitglieder-Versammlung im großen Saale.

Französischer Unterricht. Abends Punkt 8 Uhr im Billardzimmer.

Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6 1/2—9 Uhr im Zimmer 7.

Verband der Köpfer. Versammlung im Zimmer 2.

Sonnabend, den 30. Dezember: **Formier und Stickerarbeiter.** Versammlung im Zimmer 2.

Sozialdemokratischer Verein für Breslau (Land)

Neumarkt.

Landdistrikt 13 (Bezirk Dürrjentsch, Lamsfeld, Gersdorf, Schöndorn, Groß- und Klein-Obern). Sonntag, den 31. Dezember, nachmittags 4 Uhr, bei Müller in Dürrjentsch: Allgemeine Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Vorbereitungen zur Reichstagswahl. Redner: Genosse Srowig. 2. Vereinsangelegenheiten. Die Genossen, die am Wahltage mitwirken wollen, müssen unbedingt erscheinen.

Landdistrikt 16 (Stabelwitz). Sonnabend, den 30. Dezember, abends 8 Uhr, bei Weidner in Stabelwitz: Distriktsversammlung. Tagesordnung: 1. Auf zur Wahl. Redner: Genosse Srowig. 2. Vereinsangelegenheiten. In dieser Versammlung werden die Wahlhelfer eingeteilt. Die vollen Sammellisten sind abzurechnen und die Mitgliedsbücher mitzubringen.

Landdistrikt 17 (Deutsch-Wissa). Montag, den 1. Januar, nachmittags 2 Uhr: Zusammenkunft sämtlicher Flugblattverleiher. Dort wird auch das Geld ausgezahlt.

Messow & Waldschmidt

Freitag und Sonnabend:  billiges Schweinefleisch und Kalbfleisch
sehr schöne Ware

Bauch Pfd. 55 Pf., Schuppbraten 65 Pf., Schulter 65 Pf., Keule 65 Pf.,
Weissbraten mit Schwarte 65 Pf., Kotelettenstück 78 Pf., Eisbein 55 Pf.,
Kehlbraten 55 Pf., Kopffleisch 38 Pf., Kalbfleisch Pfd. 70 u. 75 Pf.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Erst erscheint 3 mal wöchentlich.

Den Lesern bei Einkauf empfohlen.

Kaufhaus Heilborn

Kaufhaus „Adler“

Kaufhaus Nord-West

Kaufhaus „Zur Einigkeit“

Riedel, Anton

Wäsche, Trikotsagen

Hauschneider, Fr.

Werkzeuge, Baubeschläge

Friedrich, Gebr.

Weiss- und Wollwaren

Kreischer, M.

Seifen- u. Loll

Schankwirtschaften

Kaufhaus S. Müll

Wild- und Geflügel

Zahn-Ärzte

Zigarren u. Zigaretten

Kaluzja, Joh.

Schuh-Union

Winkler, Franz

Randit Sur-Sar

„Unida“-Zigaretten

Rauch Okassa Zarrolo

Haloppi 3

Benedix, A.

Uhren und Goldwaren

Alter, P.

Frenzel

Möwius

Versicherungen

Friedrich-Wilhelm

„Johanna“

Meinow, Otto

Vogelfutter

Waren- u. Kaufhäuser

Restaurateurs

Restaurateurs

Restaurateurs

Restaurateurs

Restaurateurs

Restaurateurs

Restaurateurs

Restaurateurs

Restaurateurs

Restaurateurs

Restaurateurs

Restaurateurs

Restaurateurs

Städt. Ofen

Sina-Säle

Sindthauskeller

Rosslischerer u. Wurstfabrik

Sargparazine

Seifengeschäfte

Seifen-Loll

Schankwirtschaften

Schirmen, Stöcke

Schneiderei-Artikel

Press, O. & Co.

Schuhwaren und Schuhmacher

Schuh-Union

Winkler, Franz

Randit Sur-Sar

„Unida“-Zigaretten

Rauch Okassa Zarrolo

Haloppi 3

Benedix, A.

Manufaktur-Modewaren

Schilwa, Rudolf, Oskar

Milch- u. Butterhandlungen

Möbel-Magazine

Musik-Instrumente

Nähmaschinen

Optiker

Galke, Max

Papier- und Schreibwaren

Herold, H.

Photographische Ateliers

Elite-Abelberide

Fischer & Comp.

Putz, Modes

Restaurateurs

Bräuer, Karl

Flöter, B.

Palmenbaum

Restaurateurs

Herm. Sachs, Adolf

Herren-Garderobe

Friedländer

Knauerhase, W.

Wilhelm, Herm.

Hüte und Mützen

Barth, H.

Hygien. Präparate u. Gummiwaren

Herren-Artikel

Kinderwagen

Goetz Söhne

Kaffee, Tee

Gewaltig, Friedrich

Pohl, R.

Schlosser, Ernst

Kinematographen

Kleiderstoffe, Seidenwaren

Hecht & David

Kohlent u. Sriketts

Friseur und Barbier

Fleischereien u. Wurstfabriken

Barth, Gustav

Reinhold, Carl

Wagner, Ernst

Wagner, Ernst

Wagner, Ernst

Wagner, Ernst

Wagner, Ernst

Wagner, Ernst

Wagner, Ernst

Wagner, Ernst

Wagner, Ernst

Wagner, Ernst

Wagner, Ernst

Wagner, Ernst

Wagner, Ernst

Wagner, Ernst

Wagner, Ernst

Abzahlungsgeschäfte

Alkoholfreie Getränke

Bäckereien und Konditoreien

Badeanstalten

Bandagisten

Berufskleidung

Bier-Brauereien

Brauerei Saccan

Brauerei Saccan

Brauerei Saccan

Brauerei Saccan

Brauerei Saccan

Brauerei Saccan

Brauerei Saccan

Brauerei Saccan

Brauerei Saccan

Brauerei Saccan

Brauerei Saccan

Brauerei Saccan

Abzahlungsgeschäfte

Alkoholfreie Getränke

Bäckereien und Konditoreien

Badeanstalten

Bandagisten

Berufskleidung

Bier-Brauereien

Brauerei Saccan

Brauerei Saccan

Brauerei Saccan

Brauerei Saccan

Brauerei Saccan

Brauerei Saccan

Brauerei Saccan

Brauerei Saccan

Brauerei Saccan

Brauerei Saccan

Brauerei Saccan

Brauerei Saccan

Freitag, den 29. Dezember 1911.

2000 freiwillige Wahlhelfer

für die Wahlkreise Breslau-Ost und Breslau-West müssen sich zur Verfügung stellen, wenn die Verarbeitung gewissenhaft und solide gemacht werden soll. Auf viele Schultern verteilt, wird die Arbeit dem einzelnen Mitkämpfer leicht. An alle gesunden Genossen ergeht deshalb der dringende Ruf, sich zur Entgegennahme des Agitations-Materials und zu Anweisungen über die bevorstehende Arbeit

am Donnerstag, den 28. Dezember, abends 8 Uhr,

in folgenden Lokalen einzufinden:

Innere Stadt

(Distrikte 13 und 19)

im „Roten Löwen“, Kupferschmiedestraße 21.

Gabik und Gräbichen

(Distrikte 1, 2, 3, 4)

bei Wilde, Gräbichenerstraße 74.

Nikolaitor

(Distrikte 4 u. 6)

im „Schweizerhof“, Schweizerstraße 23,

(Distrikt 7)

zur „Stadt Meß“, Längengasse 62.

Odertor

(Distrikte 8 und 8a)

im „Vergleiser“, Kleischaustraße 33,

(Distrikte 9 und 9a)

bei vorm. Casperle, Matthiasstraße 38.

Sandtor

(Distrikte 10 und 11)

in der „Deutschen Krone“, Weinstraße 53, 55.

Scheitniger Vorstadt

(Distrikte 12 und 13)

in der „Füstenkrone“, Füstenstraße 32.

Dhlauer Tor

(Distrikte 14, 15, 15a)

im „Gewerkschaftshaus“, Margaretenstraße 17.

Strehleener Tor

(Distrikt 16 und 16a)

bei Deutscher, Hubenstraße 50.

Schweidnitzer Tor

(Distrikt 17 und 17a)

im „Königsgrund“, Lohestraße 45/47.

Wer wollte fehlen, wenn der Sieg vorbereitet werden muß? — Die Frauen, die Wahlhilfe leisten wollen, versammeln sich in denselben Lokalen an besonderen Tischen!

In Gräbichen, Pöpelwitz, Gerdain-Dürrgoy finden für den Landkreis ebenfalls Zusammenkünfte statt. In Gräbichen bei Knoll, in Pöpelwitz bei Mikulle, in Dürrgoy bei Jahn, Schönstraße.

Schlesische Wahlkampfbilder.

Der Wahlkampf im Kreise Brieg-Kamslau.

Aus Brieg wird uns geschrieben: Seitdem der unsympathische Herr Junfer-Trabant, der Knuten-Direktor, in unserer Wahlkreise als Kandidat aufgetaucht ist, veränderten sich während der politischen Verhältnisse im Kreise. Neue Kandidaten wurden nominiert, nur die Sozialdemokratie hielt fest an dem von ihr präsentierten Bewerber um das Mandat. Den langjährigen liberalen Kandidaten Löwenthal löste Herr Winkler-Lannenberg ab. Die Abneigung gegen den lateinischen Uebertrager-Direktor, die in den konservativen Kreisen und bei den kleinen Landwirten besteht, machte sich Landwirte des Amtsbezirks Willau zur Hilfe und präsentierten in dem Gutsbesitzer Herr von Seidlich-Klein-Willau einen neuen konservativen Kandidaten. Zwar hat der freikonservative Parteivorstand diesen Kandidaten abgelehnt, doch ist dies Herrn von Seidlich wenig, er geht stramm gegen seinen konservativen Bruder im Kamslauer Kreise vor und der heftige Bruderkrieg ist entbrannt. Die Demokraten verließen ihre Position zu halten, in Versammlungen gehen sie gegen den Abtrünnigen vor und in ihrem Mundstück, welches v. Seidlich gewidmet ist, haben sie schon auf ihn los. Doch sie veränderten den Lauf der Dinge nicht aufzuhalten, der Einfluß Dertels sinkt. Seine zweite Kandidatur für Kreuzburg-Stadt hat er bereits, weil er zu sehr „besetzt“ ist, über Bord geworfen, er will nur Brieg-Kamslau beackern, nur in diesem Kreise soll seine unermessliche weiße Weste glänzen.

Das Zentrum hat bekanntlich beschlossen, von einer eigenen Kandidatur Abstand zu nehmen, es will sich im ersten Wahlgange für Knuten-Direktor stimmen. In orthodoxen katholischen Kreisen ist man aber dem Annahmewechsel dieses Monus nicht, es herrscht eine tiefgehende Mißbilligung. Diesen Umständen nutzen die Großpolen aus, sie stellen in der Person des Pfarrers Jankowski aus Golejow einen neuen Kandidaten auf. Nun werden viele fromme Zentrumskandidaten lieber einem Pfarrer ihre Stimme geben, als Herrn Dertel, dem der furor protestanticus schon manchen schlimmen Streich gespielt hat.

Die Sozialdemokraten finden mit ihrer Parole: „Nieder mit dem Knuten-Direktor!“ allenthalben freudige Zustimmung. In etwa 30 Dörfern des Brieger Kreises ist es uns gelungen, Versammlungen unter freiem Himmel abzuhalten, die sämtlich auf besuch waren und schönen Erfolg versprachen.

Auch der freisinnige Kandidat entfaltete seine rühmliche Agitation und nimmt Dertel sicher Stimmen ab. Es geht es Knuten-Direktor von allen Seiten an den Krügen und man rechnete bereits mit der Möglichkeit, daß er gänzlich von der Stichwahl ausgeschlossen wird. Seine Freunde mögen es bereits bitter bereut haben, daß sie sich diesen allgemein verhassten Volksfeind aufdrängen ließen.

Zum Schluß noch einige Worte zur Agitation der Freisinnigen. Herr Winkler sagt in seinem Flugblatt: „Die fortschrittliche Volkspartei beschmählt es, ihre Gegner in gebäufiger Weise herabzulassen.“ Er persönlich hält diesen Grundsatze aufrecht, er bekämpft in seinen Versammlungen auch unsere Partei fälschlich. Doch sobald er zu Ende ist, fällt kein Bealeter, der freisinnige Parteisekretär Karl Müller aus Breslau in der gebäufigsten Weise über die Sozialdemokratie her und Herr Winkler duldet stillschweigend diese Taktik. Dieses ist für den liberalen Kandidaten bezügelnd. Bei Herrn Müller müssen die älteren und älteren Annahmestimmen gegen die Sozialdemokratie gehalten. Sein bester Freund Salager ist, wer sozialdemokratisch wählen wolle, könne ebensogut dem Knuten-Direktor seine Stimme geben, denn kommt der Sozialdemokrat in die Stichwahl, dann ist Dertel der Sieger. Wäre es nicht besser, dieser Herr ließe den liberalen Wählern eine bessere politische Erziehung erteilen, damit dieses Resultat nicht eintritt? Bei der bevorstehenden Abstimmung zur Reichstagswahl, dürfte die Geschlossenheit des Herrn Müller für diese Aufgabe ausreichen.

Abgeblät.

Im Wahlkreise Ohlau-Strehlen-Nimptsch belommen es die Konservativen mit der Angst um das Mandat ihres bisherigen Vertreters zu tun. Obwohl man nach außen hin „stark“ ist und behauptet, daß durch das fortwährende Eintreten des Zentrums für den Konservativen der Sieg der letzteren sicherer denn je sei, macht man hinter den Kulissen verzweifelte Anstrengungen, die Nationalliberalen davon zu überzeugen, daß die Aufrechterhaltung ihrer Kandidatur die konservativen Sache gefährde und die ting ihrer Kandidatur die konservativen Sache gefährde und die ting ihrer Kandidatur die konservativen Sache gefährde.

zwischen der konservativen und nationalliberalen Partei und ein Zeugnis davon:

Schmiedsdorf, den 11. 12. 1911.

Sehr geehrter Herr Wehner!

Nachdem die Zentrumspartei kürzlich bekannt gegeben hat, daß sie von vornherein für die Kandidatur der Konservativen und des Bundes der Landwirte, den seitherigen Reichstagsabgeordneten Kötter stimmen werde, hat sich die politische Lage im Wahlkreise wesentlich geändert.

Angesichts der wirtschaftlichen und sozialen Struktur sowie der konfessionellen Zusammensetzung des Wahlkreises Ohlau-Strehlen-Nimptsch dürfte nach der nunmehrigen Entscheidung des Zentrums für die nationalliberale Partei kein Zweifel bleiben, daß die Wahl Kötters gesichert ist. Der vom Herrn Reichstagsabgeordneten Kötter der Kommunität aller staatsgetreuen Parteien folgend, erlaube ich mir daher an Sie die ergebene Anfrage zu richten, ob die nationalliberale Partei mit Rücksicht auf die Veränderung politische Konstellation bereit sein würde, die Kandidatur eines eigenen Kandidaten fallen zu lassen und einem Wahlauswuchs sämtlicher staatsgetreuen Parteien im Kreise Ohlau beizutreten.

Die nationalliberale Partei würde hierbei nur ihren Wahlspruch beibehalten: „Das Vaterland über die Partei.“ Ein geschlossenes Eintreten sämtlicher nationaler Parteien gegen die Sozialdemokraten müßte die Wirkung haben, unsere Arbeiterschaft zum Nachdenken anzuregen, ob nicht auch sie gegen eine Partei Stellung zu nehmen hat, welche schon seit Jahrzehnten unser Volkleben vergiftet und jenes Vertrauen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer planmäßig untergräbt, das nicht Gottes Hilfe die erste Voraussetzung des Segens aller Arbeit bildet.

Mit der Bitte, eine Entschliebung der maßgebenden Stellen Ihrer Partei im Wahlkreise gefälligst alsbald herbeizuführen und mir dieselbe mitteilen zu wollen, zeichne ich mit vorzüglicher Hochachtung als Ihr ergebener v. Prittwitz und Gaffron, Major a. D.

Hierauf ist von der nationalliberalen Parteileitung folgende Antwort eingegangen:

Ohlau, den 19. 12. 1911.

Hochgeehrter Herr Major!

Unter höchlicher Bezugnahme auf Ihr geehrtes Schreiben gestatte ich mir die ganz ergebene Mitteilung zu machen, daß die nationalliberale Partei nur deshalb einen Kandidaten in der Person des Herrn Pastor Kröschke aufstellte, um die tiefgehende Verbitterung in weiten Kreisen, die zum Teil durch die von der konservativen Partei hervorgerufene Politik und zum anderen Teil die wenig hervorretende Tätigkeit unseres bisherigen Reichstagsabgeordneten Herrn Minister Kötter hervorgerufen wurde, wieder in ein patriotisches Fahrwasser zu leiten. Welche Kreise, bis tief in den besseren Besitzern stand unseres Kreises, hätten ohne das Auftreten der nationalliberalen Partei unbedingt sozialdemokratisch gewählt, wenn eben nicht ein mittelparteilicher Kandidat auf dem Plan erschienen wäre.

Unter diesen Umständen muß die nationalliberale Partei unbedingt an ihrem Kandidaten festhalten! Das Festhalten an dieser Kandidatur ist auch eine Ehrenpflicht geworden, nachdem von konservativer Seite unserem Kandidaten unlautere Motive untergeschoben worden sind. In den konservativen Versammlungen ist die Behauptung seitens des Herrn Kröschke (selbst der Name) aufgestellt worden, Herr Pastor Kröschke betreibe seine Reichstagskandidatur nur um Diäten zu schlucken oder schlucken zu können!

Ich habe die beste Überzeugung, daß Sie, hochgeehrter Herr Major, solche Neußerungen von konservativer Seite verdammen und gestatte ich mir deshalb die ganz ergebene Bitte an Sie zu richten, die Wiederholung solcher häßlicher Auswüchse des Wahlkampfes verhindern zu wollen, damit, wenn im Januar 1912 die Bevölkerung unseres Wahlkreises zu eventueller Stichwahl gegen den vollen Kandidaten aufgerufen wird, sich diese leichter und verfehlt die Hände reichen kann im Kampf für Kaiser und Reich!

Mit größter Hochachtung Ihr ergebener

Fritz Wehner.

Die Arbeiter als auch die kleineren und auch die besseren Besitzern werden trotz der nationalliberalen Kandidatur für den Sozialdemokraten stimmen. Einmal sind sie gründlich eingeseift worden, öfter getüncht es nicht. Auch die ländliche Bevölkerung hat ungenügend denken gelernt. Also so sicher scheint demnach die Wahl des Herrn Kötter nicht zu sein. Interessant ist ja, daß die Nationalliberalen den

Konservativen schon jetzt die Stichwahlhilfe angeboten haben. Ob aber die Wähler dieser Parole folgen werden?

Er läßt sich nicht dreinreden.

An den königlichen Wahlkommission für den Wahlkreis Schweidnitz-Streitagau, den Landrat v. Jedity-Dejpe, hatten die vereinigten Liberalen des Wahlkreises einige Wünsche zur Herbeiführung einer rechtmäßigen und gebetenen Wahl gerichtet. Abgrenzung der Wahlbezirke nach dem Ergebnis der letzten Volkszählung, wodurch die Bildung von Wahlbezirken vermieden werden soll, deren geringe Wählerzahl die Geheimhaltung der Wahl gefährde. Als Wahllokale sollen herrschaftliche Räume, Amtsstuben nicht zulässig sein; die Verwendung von Stimmzetteln, Zigarettenstücken, Puffschachteln usw. als Wahlurnen soll verboten werden; ebenso sollen die Wahlurnen nach beendeter Wahl vor der Auszählung gehörig durchgeschüttelt werden. Weiter wurde der Wunsch geäußert, daß der abgeschlossene Raum im Wahllokal auch so beschaffen sein soll, daß der Wähler wirklich unbeobachtet seinen Stimmzettel in das Couvert legen kann usw. Auf diese ganz selbstverständlichen Wünsche erhielt nun die freisinnige Parteileitung folgende Antwort:

Schweidnitz, 15. Dezember 1911.

Das gefällige Schreiben vom 13. d. M., enthaltend Wünsche für die bevorstehende Reichstagswahl, habe ich erhalten.

Auf eine Stellungnahme zu den mitgeteilten Wünschen verzichte ich, da ich es grundsätzlich ablehnen muß, mich mit Vorhänden politischer Wahlvereine über die anlässlich der Reichstagswahl von mir zu treffenden amtlichen Maßnahmen auseinandersetzen zu lassen.

Freiherr v. Jedity, Geh. Regierungsrat.

Soffentlich trifft der Herr Landrat keine amtlichen Maßnahmen so, daß die Parteien, natürlich außer den Konservativen, nicht über ungesegnete Wahlbeeinflussungen klagen brauchen.

Ein konservativer Hofkämmerer.

Der Kandidat der Kompromissparteien (Konservative, Bund der Landwirte und Zentrum) in Kreuzburg-Rosenberg, Rittergutsbesitzer Meyer-Ober-Paulsdorf, hat an die Lehrer des Kreises folgendes Zirkular ergehen lassen:

„Sehr geehrter Herr! Hierdurch richte ich an Sie die Bitte und bitte um Mitteilung, ob Sie bereit sind, das Amt eines Vertrauensmannes der Kompromisspartei zu übernehmen.“

Ich bemerke hierzu, daß sowohl die konservative Partei, wie auch das Zentrum stets für die Erhöhung der Lehrergehälter eingetreten sind, daß sie energisch für Gleichstellung der ländlichen Volksschullehrer mit denen der großen Städte kämpften, während die Liberalen immer nur für die Lehrer der großen Städte gesorgt haben.

Auch werde ich mit der konservativen Partei für Erhöhung der Osmarkenzulage an die oberschlesischen Lehrer in Betracht der schwierigen sprachlichen Verhältnisse im Reichstag eintreten.

Hochachtungsvoll

(gez.) Meyer.

Da nicht anzunehmen ist, daß es Herrn Meyer unbekannt sein sollte, daß die Erhöhung der Lehrergehälter sowie die Gewährung der Osmarkenzulage Staats- und nicht Reichsangelegenheit ist, so handelt es sich hier um einen ganz plumpen Stimmensang.

Wahlweihnachten im Bezirk Goldberg-Payauzer Kreise.

Wir marschieren! Dieser Eindruck trat am zweiten Weihnachtstages so recht in Erscheinung. War es hoch unserer Genossen gelungen, in Alzenau unter dem Großbürger, im Herrschbereich des allmächtigen Herrn von Pirken, ein Grundstück zu erhalten. Alle Wäner ließ man springen, um die Sammlung unmöglich zu machen. Es gelang nicht. Der Mann blieb fest. Selbst der Geistliche trat in Funktion, um die Leute vom Besuch der Versammlung abzuhalten. Es mußte nichts. In Scharen strömten die Kandidaten zur Versammlung, jedoch 30 bis 40 Personen wohl aufwendend waren, die den einseitigen Ausführungen unseres Genossen Dietrich mit lebhaftester Aufmerksamkeit folgten. Ein Gedanke besetzte die selbst aus entfernteren Orten her. Allen Landwirte, am 12. Januar abzurechnen mit den Konservativen und Liberalen. Am Sonntag sprach Genosse Dietrich in Gnadenborz, einem kleinen Orte im Payauzer Niederlande, vor reichlich 40 Wählern. Auch hier war es jungfräulicher Lobes, der beachtet wurde. In Goldbergau, wo wir schon zwei Versammlungen hatten, ist es den vereinten Bemühungen der Gegner gelungen, den Wä-

zur Wählung seiner Aufgabe zu bewegen. Viel Freude dürften die Herren damit nicht erleben, denn die Wähler werden es ihnen am Wahltag schon einträufen. Trotz der schönen Saalabtreiberei, die überall in Blüte steht, sind von uns noch weitere Versammlungen im Landkreise geplant. Es geht vorwärts.

Die Wahlsituation im Königreich Sachsen.

Sachsen mit seinen 28 Reichstagswahlkreisen ist gegenwärtig durch 3 Sozialdemokraten, 3 Konservative, 6 Nationalliberalen, 2 Fortschrittler, 2 Mitglieder der antisemitischen „Reform“-Partei und ein Mitglied der Wirtschaftlichen Vereinigung im Reichstage vertreten. Eins unserer sozialdemokratischen Mandate ist in der Nachwahl den Gegnern abgenommen worden, nämlich Christoph-Marienberg, das zuvor von dem verstorbenen antisemitischen Abgeordneten Zimmermann vertreten war.

Bei den Wahlen von 1903 war Sachsen das „rote Königreich“ geworden; 22 Mandate waren in unserem Besitz; nur der dritte Kreis, Naunach-Bismarck, blieb der Reformpartei. Damals gab es allerdings verschiedene besondere Momente, die unsere Partei in Sachsen noch mehr als in anderen Reichsteilen geradezu übermächtig begünstigten, z. B. die damals durchgeführten neuen erheblichen Einkommensteuerveränderungen, die berühmte Kronprinzessin-Brand. Derartige aus der Landespolitik herrührende Umstände, die uns zugute kommen dürften, sind bei der letzten Wahl gleichfalls vorhanden, wenn auch vielleicht nicht in ebensoviel Maße wie 1903. Es ist vor allem die Tatsache zu beachten, daß die seit Jahren dringend verlangte Volksschulreform noch immer nicht von der Regierung vorgelegt wurde, und daß nach den ministeriellen Ankündigungen diese Reform sicherlich nicht im entferntesten den beschriebenen Ansprüchen entsprechen wird. Die reaktionäre Haltung der Regierung in dieser Frage, die dabei von den Konservativen eifrig unterstützt wird, und die gleichfalls äußerst zaghafte und schwankende Stellung der Nationalliberalen erzeugt in weiten Volksteilen, die sonst nicht ohne weiteres mit der Sozialdemokratie gehen, schweren Verdruß. Besonders in der sächsischen Lehrerschaft, die seit Jahren recht eifrig für eine einigermaßen weiterreichende Volksschulreform eintritt, herrscht viel Verstimmung und viel geheime Neigung, der Sozialdemokratie bei den Wahlen die Stimme zu geben.

Ferner dürfte überhaupt die angelegene Stellung, die sich die Sozialdemokratie durch die eifrige Tätigkeit ihrer Aktiven im Landtage erworben hat, weithin günstige Wirkungen für unsere Partei zu den Reichstagswahlen ausüben. Als die Konservativen in ihrem Kampf auf den Vortritt des ersten Vizepräsidenten verzichteten, haben sie nicht gedacht, daß eine Partei wie die ihre durch ihr Ansehen in der eigenen Anhängerschaft sehr herabsetzen würde. Umgekehrt hat die Sozialdemokratie, obwohl sie auf die Erwerbung solcher Stellen gar kein größeres Gewicht legt, durch das Einrücken in das Landtagspräsidium für manche Wählerkreise, die es noch nicht trauten, den Stimmkreis ihrer Arbeitsfähigkeit erbracht.

Schließlich dürfte die neuartigen konservativen Vorträge im Landtage, die darauf abzielen, die Regierung für ein gelegentliches Vorgehen zum Schutz der Arbeitswilligen zu drängen, auf die sächsischen Arbeitermassen eine sehr aufreißende Wirkung ausüben. Unberücksichtigt darf aber auch nicht werden, daß die Stellung unserer Partei zur Kommunalverwaltung des Lebensmittels, daß ferner verchiedene Vorlebenskämpfe für manchen selbständigen Gewerbetreibenden besonders erscheinen, jedoch sie vielleicht geneigt sind, die Stimmabgabe reaktionären Parteien in den Hintergründen treten zu lassen. Die weit dieses letztere Moment in denjenigen Wahlkreisen, in denen nicht übermäßig Arbeiterbevölkerung ist, von Bedeutung ist, das werden erst die Wahlen selbst endgültig ergeben.

Am übrigen scheint es jetzt keiner partikularen und lokalen Mäßigungsgründe zu bedürfen, — die Reichspolitik mit ihrer Steuer- und Zollwuchererschmach und alledem hat genug dafür gesorgt, daß die Ausschüßen der Sozialdemokratie in Sachsen als recht gute Beschäftigung werden dürfen. Gerade aber, weil dem so ist, und weil die gesamtdeutschen Parteien voll Befürchtungen sind, daß sie ihre Mandate leicht verlieren können, darum werden sie das Neuerliche anbieten, um vielleicht einigermaßen aus der schlimmen Situation, in der sie sich befinden, herauszukommen. Ganz besonders den sächsischen Nationalliberalen erscheint es als eine Ehrensache, ihre Mandate, auf deren Erhaltung im Jahre 1907 sie überaus stolz waren, möglichst nicht abzugeben. Umso mehr, als mehrere Nationalliberale aus Sachsen, wie Dr. Jundt-Geisig, Dr. Heintze-Geesden, Jürgensmann-Annaberg (Wieder-Wöhler hat wegen der Wirren im Ordnungslager die Kandidatur nicht wieder angenommen) quantitativ im Reichstage sehr tätig waren und von ihrer Reichstagsfraktion dringend wieder gebraucht werden.

Das Charakteristische im Ausmaß der gegnerischen Parteien in Sachsen ist, daß die letzten Wahlparole der Liberalen im Reich: „Geben den Schwachgläubigen Platz“ hier nicht existiert. Die Gegenüber, die in der Landespolitik zwischen Konservativen und Nationalliberalen herrschen, treten für die Reichstagswahlen sehr zurück. Alle bürgerlichen Parteien leben sich in ihrem bisherigen Bestehen; durch die Sozialdemokratie bedroht, und sie erklären deshalb, daß sie, wenn sie auch im ersten Wahlgange getrennt marschieren, doch den Wahlkampf gegeneinander ohne Schwärze führen wollen, damit ihre Wähler in den Stichwahlen sich vollständig gegen die Sozialdemokratie vereinigen. Die Nationalliberalen können also die Lösung „Die Front gegen rechts“ durchaus ab. Sie betreiben vielmehr apolitisch ein konterrevolutionäres und geben das Verbot, in Stichwahlen konservativ, antisemitische, agrarische Kandidaturen zu stellen. Dieses Verhalten der Nationalliberalen in Sachsen zeigt recht deutlich, wie wenig Vertrauen sie auf ihre eigene Bekanntheit haben und was es überhaupt mit dem von Baumbach angeführten Kampf seiner Partei gegen die Reaktion auf sich hat.

Auch die Fortschrittliche Volkspartei befindet sich an dem letzten Punkte, der zwischen der konservativ-antisemitischen Reaktion und den angeblich liberalen Gegnern der Reaktion abgegrenzt ist. Die Fortschrittliche Volkspartei hat sich schon für den ersten Wahlgang mit den Nationalliberalen über die Kandidaturen verständigt. Dabei kommen die Fortschrittler recht schlecht weg, denn außer Jundt und Klauen, welche Kreise sie jetzt inne haben und deren Verzicht ihnen drängt, haben sie nur die antisemitischen Kreise erhalten, während sie die Nationalliberalen in den günstigeren Kreisen unterzogen müssen. So wollen also die sächsischen Fortschrittler dazu beitragen, daß Nationalliberale, die es ihrerseits wieder mit Konservativen und Agrariern halten, gewählt werden. Diese Lage, die eine reaktionäre „Welle“ hat und was das eine ist, daß es sehr fraglich ist, ob die Wähler auf diese konterrevolutionäre Parteiungspolitik, die sich in den Jahren 1907 bis 1909 so eifrig blamiert hat, nochmals hineinfallen werden. Es denken manche Kreise darauf hin, daß ein großer Teil linksliberaler Wähler, ebenso wie es schon bei den Reichstagswahlen von 1903 geschah, nicht für die konservativen und nationalliberalen Kandidaten zu haben sein werden. Insbesondere zeigt sich in den Versammlungen der technischen Angehörigen und sonstigen Privatbeamten eine heftige Abneigung gegen die liberalen Herrschaften, die auch diesen Schichten des Reichstages bedrohen.

Unsere Parteigenossen arbeiten überall mit großer Eifer und in hoher Stimmung. Sie halten sich mit Recht frei von der Meinung, daß sie durch die Gänge der Verhältnisse keine Chance erhalten könnten. Sie rechnen im Gegenteil mit einem unumkehrten Vortritt der Arbeiter in Reichstag und Landtag.

auf dem Platz — aber sie hoffen doch, daß es gelingen wird, Stichwahlen fast überall zu vermeiden und im ersten Wahlgange unserer Partei schöne Erfolge zu bereiten.

Arbeiterbewegung.

Eine staatliche Behörde mißachtet das Koalitionsrecht.

Die preussische Seereserverwaltung hat an diejenigen Automobilwerke, deren Lieferungsverträge auf Armeeaufträge am 1. Januar 1913 ablaufen, eine vertrauliche Rundfrage gerichtet, wieviel Arbeiter beschäftigt werden, ob und in welchen Gewerkschaften sie organisiert sind.

Diese Nachspüraktion nach der Organisationsart der in Automobilwerken beschäftigten Arbeiter kann natürlich nur den Zweck haben, diejenigen Firmen, die ihre Arbeiter nicht in die gewerblichen Verbände zwingen können, von Lieferungsverträgen auszuschließen. Das wird sehr leicht bemerkbar werden können, ohne den nichtgeschäftigen Firmen den eigentlichen Grund von ihrer Ausschließung bei Vergabe von Lieferungsverträgen bekannt zu geben. Denn in dem Rundschreiben heißt es weiter:

„Sollten sich bei Vergabe von Aufträgen mit einer oder der anderen Firma Schwierigkeiten wegen der neuen Bedingungen herausstellen, so wäre alsdann die Seereserverwaltung nicht mehr in der Lage, ein Arrangement treffen zu können.“

Die neuen Automobile sollen nämlich auf ein neues Maß gebaut werden. Während für die Höchstbelastung der Hinterachse bisher 5500 Kilogramm galten, werden als neues Maß 7000 Kilogramm verlangt, und während die größte Spurweite bisher 1250 Millimeter betrug, soll sie nach dem neuen Maße 1550 Millimeter betragen. Beschäftigt nun eine Firma nach staatlicher Behördenmeinung zu viel freigeigenschaftlich organisierte Arbeiter, so werden ihr Aufträge auf Grund des neuen Maßes erteilt werden. Das bedeutet aber beachtenswürdig — besonders für kleinere Firmen — eine nicht unbedeutende Schwerearbeit. Und den unliebsamen Firmen diese Bedingung gestellt, so werden sie auf die staatlichen Aufträge verzichten müssen. — Außerdem wird an die Automobilwerke das Erlaubnis erteilt, bei etwaigem Freiwerden von Aufträgen 20 Militäranwärter zu beschäftigen.

Es ist doch unerträglich, daß sich eine staatliche Behörde in der Art in die Arbeitsverhältnisse der Betriebe und ihrer Arbeiter einmischt. Was geht es die Behörde an, in welcher Gewerkschaft die Arbeiter eines ihrer Unternehmen organisiert sind? Offenbar wird diese neugierige staatliche Nachfrage und Mißachtung des Koalitionsrechts dadurch gründlich verurteilt, daß die Firmen gar nicht in der Lage sind, diese Fragen beantworten zu können. Die Arbeiter werden den Vertriebsinhabern nicht auf die Nase binden, welcher Organisation sie angehören, und ein verständiger Unternehmer wird es mit der Verantwortung dieser Frage hoffentlich nicht genau nehmen.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Noch nicht invalide!

Die ungewöhnliche Auslegung des Begriffs „invalide“ im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes zu Ungunsten der Arbeiterklasse hat einen Fortschritt einer Gemeinde erzielt.

In der „Süddeutschen Rundschau“ (Wormberg) ist folgendes Eingekleidete des Invalidenversicherungsgesetzes 1903 abgehandelt worden: Sozialgesetzgebung und ihre Anwendung. 11. Dezember.

Ein interessanter Fall über die Auslegung des Invalidenversicherungsgesetzes spielte sich in der letzten Zeit hier ab!

Unter dem 26. Juli 1909 wird der 27-jährigen Arbeiterin Anna Döringer aus Proszogaj von der Landesversicherungsanstalt Polen eine Invalidenrente von 17,50 Mark monatlich zugesprochen, weil sie an starker chronischer Gelenkskrankheit mit Versteifung der Handgelenke, mäßigem Allgemeinbefinden, beginnender Herzschwäche und Blutarmerie litt.

Eine Nachuntersuchung derselben durch den unabhängigen Arzt Dr. Siedler am 21. August 1910 ergab, daß in dem Zustande der Rentempfängerin insofern eine Besserung eingetreten war, daß sich das Allgemeinbefinden gebessert hat. Blutarmerie nicht mehr und die Herzschwäche nur gering ist. Die Rentempfängerin soll deshalb 10 Prozent betragen, die Rente wurde ihr daher mit Ablauf des Monats 1910 entzogen.

Die kranke Rentempfängerin mit Versteifung der Handgelenke ist geliebter, die Herzschwäche ist noch — wenn auch gering — vorhanden. Die Blutarmerie soll nicht mehr bestehen. Sie müssen wir ja unseren Patientenverband dem Arztamt unterbreiten, obwohl es uns schwerfällt, das zu tun, wodurch die Rentempfängerin befreit sein soll!

Das arme Weib ist außerdem noch magenkrank, sie hat ihren Lebensunterhalt in der Kommode von ihrer Invalidenrente von 10,70 Mark monatlich bestritten, wie sie es damit möglich gemacht hat, die Blutarmerie zu beseitigen, z. B. blutstärkende und -wärmende Mittel anzuwenden, ist uns unklar!

Nun ist es aber wohl auch einem „Krankheitsgenossen“ begrifflich und verständlich, daß ein Mensch mit chronischer Gelenkskrankheit, mit versteiften Handgelenken, z. B. mit versteiften Händen, nicht arbeiten und noch viel weniger sich etwas verdienen kann. Zum Arbeiten auf dem Lande benötigt man aber zunächst gesunde, kräftige Hände!

Trotzdem und alledem wird die Rentempfängerin 40 Prozent erwerbsfähig befunden und die Invalidenrente fällt weg!

Nach weiteren beschriebenen Umständen ist die Springer nicht 60, sondern 100 Prozent erwerbsfähig.

Die Benutzung gegen diesen Scheitern war erfolglos. Das Schiedsgericht für Arbeitervermittlung ließ die Springer von einem zweiten Arzte untersuchen, der das Gutachten seines Kollegen bestätigte.

Ein Richter bei dem Reichsversicherungsamt in Berlin, der nachgehende Arztbescheinigung beigefügt wurde, von einem alten erfahrenen Arzte, der die Kranke seit Jahren beobachtet und ihren Körperzustand genau kennt, blieb unberührt. Diese Arztbescheinigung lautet:

Die 38 Jahre alte Anna Springer aus Proszogaj leidet infolge von chronischem Rheumatismus an Steifheit der Armgelenke und an einer so heftigen Verkrümmung der Hand- und Fingergelenke, daß sie als gänzlich erwerbsunfähig anzusehen ist. Gießen, den 2. März 1911.

(23.) Sanitätsrat Dr. Hoff.

In Anbetracht des wirklich bedauerlichen Besens fragen wir gerührt: War das der Sinn der Sozialgesetzgebung, daß ein so durch und durch krankes, hilfloses Weib ansehend aus Sparparaleltätschichten hinaus auf die Straße getrieben wird und sich seinen künftigen Lebensunterhalt durch Almspenden beschaffen muß? Was sagt uns das Schiedsgericht für Arbeitervermittlung, das Rentbescheinigung, wenn das Urteil des Arztes alles beherrscht und Grundgedanke in diesen Fragen ist? Dann ist es doch richtiger, man fängt hier an zu sprechen über die Arbeitervermittlung, man hat die Arbeitervermittlung zu unterstützen, man hat die Arbeitervermittlung zu unterstützen, man hat die Arbeitervermittlung zu unterstützen.

Rechtsprechung in dieser Angelegenheit! Jedenfalls würde diese Anwendung des Sparparaleltätschichten, als wenn solch armen, kranken und hilflosen Wesen die kärgliche Invalidenrente entzogen wird.

Wir bitten die Öffentlichkeit, sich dieses Falles anzunehmen und dem armen Weibe zu seinem Recht zu verhelfen, da die geschlechtlich anzuwendenden Mittel erschöpft sind.

Der Ortsarmenverband Proszogaj.

Tatsächlich ist es heute viel leichter, Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln zu erhalten, als die Invaliden-Unterstützung, für die man Beiträge bezahlen muß.

Die Sozialdemokratie hat auch bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung verlangt, Invalidität anzunehmen, wenn der Betroffene weniger als die Hälfte in seinem bisherigen Beruf verdienen könnte. Abgelehnt wurde der Antrag von den bürgerlichen Parteien, wiewohl sie in dem Privatangelegenheitsgesetz eine ähnliche Vorschrift gutheißten.

Der Armenverband Proszogaj bittet, „dem armen Weib zu seinem Recht zu verhelfen.“ Da gibt es nur einen Weg: Am 12. Januar einen sozialdemokratischen Stimmzettel abzugeben. Erst wenn die Sozialdemokratie ausschlaggebend wird, wird diese Verhöhnung der invaliden Arbeiter und Arbeiterinnen sowie der Arbeiterklasse beseitigt werden können.

Der Stempel für die Statuten.

Die Polizei-Verwaltung in Wanssen hat eine neue Einnahmequelle für den preussischen Staat entdeckt. So schrieb dieser Tage dem Partei-Sekretär, Genossen Scholich, daß die von ihm eingereichten Satzungen des sozialdemokratischen Vereins nach Tarifstelle 25e 2 des preussischen Stempelsteuergesetzes mit 5 Mk. zu versteuern sind.

Das ist ja etwas ganz Neues! Es ist richtig, daß die erwähnte Tarifstelle im preussischen Stempelsteuergesetz von Vereinen spricht. Aber unter diesen Vereinen sind nicht die politischen Vereine des Reichsvereinsgesetzes zu verstehen, das im Absatz 2 des § 3 ausdrücklich sagt: über die Einreichung der Satzungen ist von der Polizei eine kostenfreie Bescheinigung zu erteilen.

Wir denken, das ist deutlich genug und kann gar nicht mißverstanden werden. Die politischen Vereine reichen ihre Satzungen ein und bekommen darüber eine kostenfreie Bescheinigung. Damit ist die Sache abgetan. Unser Partei-Sekretär wird dafür sorgen, daß die Wanssener Polizei-Verwaltung ihre Stempelforderung bald zurückzieht.

Prig, 28. Dezember. Einen Mordversuch aus Eifersucht verübte Dienstag Abend nach 8 Uhr an der Kuchstraße der 22 Jahre alte Haushälterin Frau Zahn an seiner ehemaligen Braut, der 19 Jahre alten Anna Saueremann. Die Verantwortung für der Tat ist folgende: Die beiden waren seit Oktober verlobt. Vor vierzehn Tagen hatte aber das Mädchen dem Mann mitgeteilt, daß es nichts mehr von ihm wissen wolle. Trotzdem haben die beiden den Abend nach dem ersten Feiertage wieder gemeinsam verbracht. Nach halber Zeit hat sich ein Revolver abgerollt und muß wohl schon früher drohungen ausgesprochen haben, denn die S. wollte ihn wegen des Revolvertragens der Polizei anzeigen. Dienstag Nachmittag besuchte Frau ein Auto, die Anna Saueremann ins Deutsche Haus zur Tauschmüll. Zahn ging später auch dorthin und wartete, bis seine Braut nach Hause ging. Er begleitete sie und es muß wohl zu heftigen Streitigkeiten gekommen sein. Er ging teils neben ihr und, da das Mädchen eilig forttrieb, teils hinter ihm her. In der Kuchstraße, wo die Saueremann in der Schäferei wohnt, zog Zahn plötzlich seinen in Revolvertasche gehaltenen Revolver und feuerte aus etwa zwei bis drei Schritt Entfernung drei Schüsse gegen das Mädchen ab. Er hatte nach dem Kopfe gezielt und eine Kugel durchschlug dem Mädchen eine Ohrmuschel, zwei andere drangen in den Hals. Die Verwundete hatte noch die Kraft, nach der Schäferei zu laufen, während Zahn nach der Stadt zurückging. Es wurde sofort ärztliche Hilfe herbeigeholt und die Polizei benachrichtigt. Der Arzt ordnete die Ueberführung der Verletzten nach der Krankenstation an. Zahn konnte Mittwoch früh auf der Kuchstraße verhaftet werden. Er gab an, daß er sich den Revolver extra zu der Tat besorgt habe. Er wollte zuerst das Mädchen, dann sich selbst erschießen. Zahn stammt aus Köllig, Kreis Reife.

Liegnitz, 28. Dezember. Beendigung des Konkurses der Tuchfabrik Sam. Benj. Küffer u. Sohn. Der am 20. Juli 1905 eröffnete Konkurs über das Vermögen der Tuchfabrik Sam. Benj. Küffer u. Sohn hier ist nach sechzehnmonatiger Dauer durch Ausschüttung der Masse beendet worden. Die Konkurs-Verbindende beträgt 26 Prozent. Der Konkurs hat seiner Zeit weit über Liegnitz hinaus Aufsehen, weil es sich um eine altrenommierte Firma von mehr als hundertjährigem Bestehen handelte, die ehemals in der Textilbranche einen Ruf genoss. Von der Fabrikation, Verbindungen und Erfolgen der Fabrik auf Weltausstellungen usw. zeugt ein Ausstellungsschrank in dem Liegnitzer Altertums-Museum. Der Konkurs hat deshalb so lange gedauert, weil die Vermögensgegenstände schwierig zu veräußern waren, und namentlich, weil langwierige Prozesse und Verwicklungen mit anderen Konkursverfahren hinderlich waren.

Goldberg, 27. Dezember. In einer Zeitschrift an uns bestritt Herr v. Dirdien, daß entgegen unserer Notiz vom 12. d. M. über „Der Terrorist?“ der Vater des Stellenbesizers Gierchner in Udelshorn inmitten seiner Besitzungen liegt und daß er Interesse an dessen Erwerbung habe. Nur an einer Seite grenzen die Gierchner'schen Besitzungen an seine, Auch hat Gierchner selber keine Grundstücke zum Kauf angeboten, aber wegen zu hoher Forderungen sind diese von seinen Beamten abgewiesen worden. Die Kündigung der Hypothek durch den Darlehens-Verein gibt Herr v. Dirdien nicht nur ohne weiteres zu, sondern sucht diese noch zu rechtfertigen.

Stanowitz, 28. Dezember. Eine Weihnachtsgreube. Am Weihnachtabend ging dem Amtsvorsteher a. D. Seibel durch Gilbriß des Herrn Ertzen Staatsanwalts im Schneidnitz die frohe Botschaft zu, daß ihm eine Gefängnisstrafe von einem Monat erlassen sei. Herr Seibel hatte bei Bearbeitung der Standesamtssachen das Maßwerk, eine Gefängnisstrafe mit Zinte zu beschneiden. Zum Unglück erkannte er die besetzte Seite und schrieb den Inhalt erneut nieder, ohne sich einer fröhlichen Handlung bewußt gewesen zu sein. Wegen dieser Uebertretung mußte nach dem toten Buchstaben des Gesetzes das Strafverfahren eingeleitet werden, und er wurde von der Strafkammer in Schneidnitz zu einem Monat Gefängnis verurteilt, jedoch der Begnadigung empfohlen.

Herr Seibel, der im 61. Lebensjahre steht, war Standesbeamter von 1875 bis 1. Dezember 1911. Amtsvorsteher-Stellvertreter beim Amtsvorsteher von 1879 bis 1. August 1911, Gemeindevorsteher von 1902 bis 6. November 1911.

Dieser Begnadigung wird in weiten Kreisen sicher mehr Verständnis entgegengebracht werden, als es seiner Zeit bei der Begnadigung der Bonner Vorurten der Fall war.

Briefkasten

H. F. Friedrich - Wilhelmstraße. Der Mann muß für das uneheliche Kind weiter sorgen; die rückständigen Alimente hat er nachzahlen.

2. 100. Ja, das darf die Frau. Von einer Anzeige können wir Ihnen nur dringend abraten.

Th. H. Diefel. 1. Ja. 2. Der Lehrer kann die Kinder nicht zwingen, früh vor der Schule in die Kirche zu gehen. 3. Das Nachhaken ist zulässig; wegen des frühen Bestehens werden Sie sich an den Schulpfleger. 4. Ja; aber das wird nicht von einem Gelehrten, sondern von der Schulordnung vorgegeben. 5. Wenn der Strafe immer ein solches Beispiel.

